

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Juli/August 2008

58. Jahrgang, Nr. 669/670

## Gedenkstätte am Fort Zinna in Torgau fertig gestellt

*Gelungenes Ensemble im gleichen Maßverhältnis für beide Opfergruppen / von Bernd Müller-Kaller*

Die zentrale Gedenkstätte der Landesverbände der VOS und des BSV am Fort Zinna in Torgau (Sachsen) konnte Anfang Juni 2008 fertig gestellt werden. Die Kameraden Rudolf Hinrichs und Bernd Günther aus Torgau übergaben am 17. Juni die Gedenkstätte der Öffentlichkeit. Entsprechend einer abgestimmten Gestaltungskonzeption wurde die Gedenkstätte im Auftrag der Stiftung Sächsische Gedenkstätten durch verschiedene Baufirmen neu gestaltet und bildet ein Ensemble mit einer Gedenkstätte gleicher Maßverhältnisse für die Opfer der NS-Militärjustiz.

Die gestalterischen Elemente und die Anlage insgesamt kann man durchaus als gelungen bezeichnen. Schlichte äußere Formen, Schrifttafeln und Bepflanzung fügen sich in ein würdiges Ganzes.

Unsere Gedenkstätte erhielt zudem das Hochkreuz wieder, das 1992 vom Superintendenten der evangelischen Kirchgemeinde und vom katholischen Vikar geweiht worden war.

Von 1939 bis 1945 war Fort Zinna bekanntlich das Militärgefängnis der deutschen Wehrmacht. 1945 übernahmen die Sowjets das Gefängnis und richteten hier eines der berüchtigten „Sowjetischen Speziallager“ ein. Von 1946 bis 1947 wurden vor allem die sogenannten SMT-Verurteilten hier gepeinigt. 1946 war das Fort mit circa 7.000 Häftlingen belegt. Ab 1947 wurden dann sogar 8.000 bis 9.000 Gefangene auf engstem Raum zusammengepfercht. Sehr viele Insassen wurden von hier auch nach Mühlberg und später nach Buchenwald verlegt, wo sie bis 1950 gefangen gehalten wurden.

Bei Wassersuppen und geringen Rationen trockenen Brotes war der Hungertod ein Vernichtungskalkül stalinistischer Politik.

Auch nach Schließung des Sowjetischen Speziallagers blieb Fort Zinna nun unter der Regie der DDR ein berüchtigter Ort der Unterdrückung und Isolation.

Dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten am Fort Zinna in Torgau einen neu gestalteten Gedenkstättenkomplex für die Opfer beider Diktaturen trotz aller Störmanöver und unverständlicher Proteste errichten ließ, ist mehr als konsequent. Denn Willkür und Unmenschlichkeit gegenüber Andersdenkenden waren sowohl in der nationalsozialistischen als auch in der sow-

jetkommunistischen Parteidiktatur immanenter Bestandteil der Gewaltpolitik. Auch wenn das Nebeneinander der Gedenkstätten wie schon in Buchenwald und Sachsenhausen manchem in ideologischer Verblendung stehenden Mitbürgern nicht passt, so zeigt sich die direkte Vergleichbarkeit beider Systeme gerade an solchen Schreckensorten sehr deutlich. Die Gedenkstätte soll ein Ort des Gedenkens und des Erinnerns, der Einkehr und Mahnung sein, denn die Würde des Menschen ist unantastbar, wie es im Grundgesetz heißt.

Wie berichtet wird, ist noch eine offizielle Eröffnung der Gedenkstätte mit Weihe durch den Minister vorgesehen. Unklar ist, ob gemeinsam oder getrennt.

Unabhängig davon werden aber wohl die Landesverbände der VOS und des BSV eine würdevolle Einweihung ihrer Gedenkstätte vornehmen.

Zu danken ist vor allem noch einmal unserem Kameraden Rudolf Hinrichs aus Torgau, der mit großer Mühe und persönlichem Einsatz die gesamte Bauphase begleitet hat und bei konkreten Absprachen über Gestaltungsdetails, Materialauswahl unter anderem durch seine Ortskenntnis eine wertvolle Hilfe für die Baufirmen war.

## Brüsewitz-Ausstellung nun in Litauen eröffnet

*Der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz (hier beim Eintragen in das Gästebuch) eröffnete am 3. Juli gemeinsam mit Fg-Redakteur Alexander Richter die Bildtafel-Ausstellung über Oskar Brüsewitz im litauischen Rietavas. Bericht auf Seite 18 und 19 dieser Ausgabe*



Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe kam die Meldung in den Nachrichten, dass der einstige russische Dissident und Schriftsteller Alexander Solschenizyn verstorben ist. Er erreichte ein gesegnetes Alter von 89 Jahren und blieb zuletzt still und ohne Medienresonanz. In dieser Ausgabe findet sich auf Seite 22 ein Beitrag von Dr. Bilke, in dem der Autor umfassend und gründlich auf Solschenizyns Lebenswerk und seine politische Bedeutung eingeht. Auch in den anderen Medien wurde Solschenizyn spontan noch einmal gewürdigt. Sein Lebenslauf, der sich geradlinig und kompromisslos aufzeichnen lässt und dessen in politischer Hinsicht relevanter Abschnitt mit der Ausbürgerung 1974 abschloss, gab zugleich zur geschichtlichen Rückschau Anlass. Manch einer wird dabei gemerkt haben, dass über das Unrechtsregime der UdSSR, welches auch Europa vier-einhalb Jahrzehnte unter den Druck einer menschenverachtenden Diktatur gesetzt hat, schon lange nicht mehr – wenn überhaupt – so ausgiebig und tiefgründig berichtet wurde wie nach Solschenizyns Tod.

Gemeinsam mit dem Namen Solschenizyn tauchte nun – fast unvermeidbar – auch der Name Stalin wieder in den Rückblicken und Kommentaren auf. Leider sind dabei immer noch Verzerrungen und Einschränkungen aufgetreten, die Stalin hauptsächlich als ein Monster darstellen, das nur in den eigenen Parteireihen voller Blutrünstigkeit gewütet habe. Dem ist unsererseits mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Wer, wenn nicht wir Zeitzeugen aus der VOS, sollte besser wissen, welche verbrecherischen Deportationsstrategien und Massenmorde auf das Konto des schnurrbärtigen Tyrannen gehen. Es waren zwar auch seine eigenen Kommunisten, die Stalin eiskalt aus dem Weg geräumt hat. Die meisten seiner Opfer jedoch waren Unschuldige – egal, ob sowjetischer oder anderweitiger Herkunft. Daher sind wir angehalten, die Öffentlichkeit zu mahnen und den Medien zu erklären, wer dieser einstige Sowjet-Führer in all seiner Schrecklichkeit wirklich war und an wem er seine Morde begehen ließ.

Die Aufklärung über die Verbrechen des kommunistischen Regimes eines Stalin hat heuer nicht nur rückblickenden Effekt. In diesem August finden nun die Olympischen Spiele

statt. Austragungsort ist ein Land, in dem man Menschenrechtler einsperrt, sie als Volksfeinde aburteilt und verschwinden lässt – und das ganz unverhohlen. Zudem stellt China die Unterjochung anderer Nationen als völkerrechtlich einwandfrei dar. Und dieses kommunistisch geführte und staatskapitalistisch organisierte China nimmt sich dazu sogar die „Freiheit“, nicht nur den Journalisten des eigenen Landes die Informationsmöglichkeiten nach eigenem Gutdünken einzuschränken, es verhängt derartige Einschränkungen auch über die Berichtersteller anderer Länder. Und dies, wo man vor dem Beginn der Spiele zugesagt hatte, die Journalisten hätten normale Arbeitsmöglichkeiten.

### *Auf ein Wort des Redakteurs*

Mittlerweile wurde die jetzige politische Situation mit der vor den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin verglichen. Dieser Vergleich ist freilich nicht zutreffend. China dürfte kaum die Absicht haben, einen Weltkrieg zu beginnen, und es hat – inzwischen nicht mehr – die Absicht Millionen Bürgerinnen und Bürger in Konzentrationslager zu verschleppen oder zu deportieren. Dafür gibt es nicht die geringsten Anzeichen auf eine Bereitschaft zur Lockerung der Menschenrechtssituation der Regimekritiker der eigenen Bevölkerung und der Wiederherstellung der Autonomie der unterjochten Tibeter und Uguren. Ebenso wenig will die Volksrepublik den mit militärischen Mitteln untermauerten Anspruch auf das seit Jahrzehnten unabhängige Taiwan aufgeben.

Jedermann in Europa weiß, dass von Seiten der westlichen Länder beim Verhalten gegenüber China allein wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. Große Konzerne haben China als Markt entdeckt, sie wollen die schon weit fortgeschrittene Eroberung ausdehnen. In China wird produziert und vor allem verkauft. Es heißt: Wenn wir unsere hiesige Konjunktur weiter beleben wollen, brauchen wir China als Absatzmarkt. Zudem werden aus China oft genug billige Produkte geliefert, die bei uns mit hoher Gewinnspanne verkauft werden. Dass dieser Mechanismus auf unsere Wirtschaft positiven Einfluss hat, mag durchaus sein. Den-

noch muss man unverhohlen fragen: Wer will einen Wohlstand, der zu Lasten von politisch Inhaftierten geht und zur Ausrottung unterdrückter Völker beiträgt? Haben wir nicht auch, als wir in der DDR in politischer Haft waren, gestöhnt, wenn im Westen immer wieder blauäugige und linkslastige Politiker oder Künstler den „Arbeiter- und Bauernstaat“ als menschenfreundlich und gerecht lobten und sich mit diesen Äußerungen in die Presse und vor die Kameras wagten? Oder wenn wirtschaftliche Maßnahmen eingeleitet wurden, die das marode ökonomische System der DDR stabilisieren sollten.

Wer von uns die Möglichkeit hat, der sollte den Präsidenten des IOC ebenso wie die Vertreter der nationalen Organisationen tadeln, die sich wider bessere Erkenntnisse und Informationen mit der chinesischen Führung einlassen und dann die Organisation der Spiele loben. Gleiches gilt für das Verhalten der Politiker, die sich aus Renommier-Gründen ins Stadion begeben und hier applaudieren und der chinesischen Führung huldigen.

Als erfreulich und imponierend möchte ich dagegen das Auftreten von Daniel Kohn-Bendit hervorheben. Er hat dem französischen Präsidenten dessen Eitelkeit verbal unumwunden ins Gesicht geschleudert. Dieser Mut ist auch in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal dem Politiker Arnold Vaatz danken, der Anfang Juli nach Rietavas in Litauen reiste, um dort mit mir die Ausstellung über den DDR-Pfarrer Oskar Brüsewitz zu eröffnen. Sicherlich hätten nur wenige Politiker von seinem Rang die Strapazen auf sich genommen, um diesen Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung zu leisten. In Rietavas gibt es kein Hotel. Durch die partnerschaftliche Verbindung mit der Gemeinde Saerbeck aus dem Münsterland werden gemeinsame Tage in Litauen immer über die Unterbringung in Gastfamilien abgewickelt. Dies mag – wegen der Sprachschwierigkeiten – nicht jedermanns Sache sein. Andererseits ist ein solcher Modus für das Zusammenwachsen der europäischen Menschen sehr förderlich. Herr Vaatz hat diesbezüglich ein sehr angenehmes Beispiel gegeben und wie alle anderen Gäste bei einer litauischen Familie übernachtet und sich an weiteren Veranstaltungen beteiligt. Dies hat ihm viele neue Sympathien eingebracht.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe:

### **Aktuelles Top-Thema:**

Geschichtsaufarbeitung mit Ausstellungen, Stelen und Gedenkstätten

*Politiker wie Arnold Vaatz oder Barbara Ludwig (aus Chemnitz) an der Seite der VOS*

### **TITELSEITE: Das Beispiel Fort Zinna**

Gedenken an zwei Diktaturen

**Redaktionsthema:** Solschenizyn – noch einmal erinnern an den Kommunismus, aber auch mehr als ein Blick nach China 2

### **„Und wenn es nur ein einziger wäre ...“**

Betrachtung zu einer scheinbar misslungenen Demo am Vorabend des 17. Juni 4

### **Eine satte Kuh – das ist die EU**

„Hier wird tüchtig reingebuttert“ 4

### **Bei Schneegestöber den Findling ausgesucht**

Der Steinmetzmeister Manfred Schaffarzik stellte ehrenamtlich Gedenksteine her 5/6

### **Nieder mit Herrn Büchschütz?**

Die Linke negiert nun auch die Adler-Hymne 7

### **Beim Schreiben und Erinnern von Blindheit geschlagen?**

Der LPG-Schriftsteller Strittmatter hatte seine Mitwisserschaft als Waffen-SS-Mann vergessen 8/9

### **Diese Biografie ist noch nicht zu Ende**

Fakten über Erwin Strittmatter 9

### **Als Deutscher bist du eher Pole**

Sportreporter lehren uns, dass Spätaussiedler eigentlich keine Deutschen mehr sind 9

### **Zuwachs im Zeitzeugeneinsatz**

Potsdamer Projektwerkstatt mit guten Ergebnissen 10

### **Große Sprüche, aber keine Demokratie**

Wolfgang Stiehl setzt sich mit dem Auftreten der Linken auseinander 11

### **Gewaltherrschaft des Kommunismus ist keine Erfindung Stalins**

Bereits Karl Marx programmierte die Gewaltmaßnahmen der Sozialisten vor 12

### **Der Glanz der vergangenen Diktatur**

Margot H. in Nicaragua geehrt 13

### **Gedenkfeiern zum 17. Juni**

Chemnitz, Görlitz, Magdeburg, Berlin 14

### **Ein Wandel bei den Koalitionspartnern?**

Zu den Äußerungen von Ministerpräsident Böhmer 15

### **Ein Mauer-Opfer-Denkmal für Arnstadt**

Die Ausschreibung ist bereits abgeschlossen 15

### **Das muss man erst einmal begreifen**

Keine Rechtsmittel im Prozess um Zahlungen der Opferrente zugelassen 16

### **Extremverhalten bei Extremisten?**

Die evangelische Kirche lehnt nur Rechts-extremismus ab. Und jenen von links? 16

### **Aufarbeitung des Kommunismus wird hier groß geschrieben**

Litauen bleibt unversöhnlich und konsequent 18

### **Arnold Vaatz trat extra die weite Anreise an**

Brüsewitz-Ausstellung nun nahe am Memelland 19

### **Asbest und Spatendienst**

Ein wichtiges Buch über die Bausoldaten der DDR 20

### **Am Anfang war das KZ**

Ein ARD-Bericht über jene Kinder, die in Lagern oder Gefängnissen der SBZ geboren sind 21

### **Russischer Bär und Bruder Solschenizyn**

Ein Nachruf auf einen, der ein großes Werk und eine große Vita hinterlässt 21/22

### **Versteckt, gesucht, nicht gefunden**

Über die Schwierigkeiten, das Museum zum Speziallager Sachsenhausen zu finden 23

### **RUBRIKEN/SPLITTER**

- Hinweise für nächste Fg 6
- Wahlversammlung VOS Bayern 6
- Ehrenpension: Bearbeitungsstand 7
- Neues Totenbuch soll entstehen 10
- Rückblick: Rudolf Bahro 12
- Buchtipps und -besprechungen 13/20/22
- Nachgefragt (Alex Latozky) 13
- Veranstaltungshinweis 22/24
- Verstorbene Kameradinnen und Kameraden 23
- Erinnerung, Adressen, Impressum 24

## **Spender für die VOS**

*Möglicherweise durch die Sommermonate bedingt, ist die Zahl der Spender diesmal etwas zurückgegangen:*

Gebrüder Gensich, Renate Steinke, Vera Müller, Geschwister Fischer, Erika Lüdke, Herta Lahne, Helmut Felbrich, Jürgen Antlitz, Hanni und Manfred Peter, Wilhelm Sperling, Maria und Kurt Pickel, Dr. Peter Joachim Lapp, Walter Glomp, Karl-Heinz Porzig, Günter Sieber, Erich Mahrzahn, Karin und Rudolf Tantz, Marianne und Karl Meinge Fritz Schaarschmidt,

*Vorstand und Redakteur danken allen, die der VOS durch eine Geldspende helfen.*



Das KGB-Museum in Vilnius (Litauen), Seite 18/ 19

## Der 17. Juni 1953 und der 16. Juni im Jahr 2008 – alles schon vergessen?

### *Erinnerungsmarsch an den Volksaufstand vor 55 Jahren misslingt*

Bereits in der letzten Fg berichtete VOS - Vorstandsmitglied Alex Latotzky über jene Aktion, aus der im Juni, einen Tag vor der 55. Wiederkehr des flächendeckenden Volksaufstandes von 1953, eine eindrucksvolle Gedenkemonstration zu Ehren und zur Erinnerung jener denkwürdigen Ereignisse werden sollte. Aufgerufen dazu hatte die Gemeinschaft 17. Juni e. V., die sich auch sonst rege an der Aufarbeitung des SED-Unrechts beteiligt. Immerhin sind 55 Jahre eine „runde“ Zahl, und wenn sich jemand entschließt, dieses Jubiläum als privaten Anlass einer Feier zu wählen, so wird er sicherlich nicht mit Aufwand und Einladungen sparen.

Nun, jene, die zu dem Erinnerungsmarsch geladen hatten, haben sicherlich auch nicht mit Aufwand gespart, und sie haben gewiss gehofft, dass sich möglichst viele Kameraden aufrufen, um angesichts der starken gegenwärtigen linkspolitischen Tendenzen in Deutschland und in Berlin sowieso endlich Flagge zu zeigen. Soll heißen: Der Widerstand lebt, denn jene, die ihn unter viel schlimmeren Bedingungen in der DDR oder der SBZ geleistet haben, sind, auch wenn es manchmal so scheinen mag, noch nicht endgültig von der Bildfläche verschwunden.

Im vorliegenden Fall erwies sich das allerdings als Trugschluss. Das einzig Runde an der Veranstaltung war die Zahl der Teilnehmer, und diese betrug 25. Man muss die Frage stellen, ob es lohnt, dann überhaupt noch über das (kleine) Ereignis, das realiter ein großes hatte werden sollen, zu berichten. Und zwar schon deshalb, weil diesen Bericht auch andere Beobachter lesen werden, solche nämlich, die nicht auf unserer Seite stehen und niemals dort standen und die sich gewiss ins sogenannte Fäustchen lachen, da sie sehen, was noch übrig geblieben ist von der Anti-DDR, von den Ausreiseantragstellern, den „staatlich anerkannten“ und zu hohen Haftstrafen verurteilten Staatsfeinden und von den selbsterklärten Regimekritikern. Denn irgendwo ist es über die Maße peinlich, dass von einstmaligen fünf- oder sechsstelligen Zahlen politisch Inhaftierter geredet wird und nur ein solch verschwindendes Häuflein von 25 Aufrechten hält es für nötig, in Zeiten des offensichtlichen Sattseins auf die Straße zu gehen.

Nein, man darf das Ergebnis nicht verschweigen. Egal, wer es nun lesen wird und sich darüber seinen eigenen hämischen Reim machen kann. Denn auch jene, die man erwartet hätte, sollen ebenfalls Kenntnis davon nehmen. Natürlich ist es so, dass wir viele Alte in unseren Reihen haben, die den Weg nach Berlin nicht mehr antreten können, andere sind berufstätig, und dazu leben wir alle über das ganze Land verstreut.

Aber erinnern wir uns, als wir kürzlich noch um die Ehrenpension kämpften und als wir von den Politikern des Bundestages Geld einforderten: Sind wir da nicht viele gewesen, die sich zur Demonstration in Berlin und anderswo sehen ließen?

Geld ist immer eine gute Motivation. Auch vor etwa sechs Jahren, als wir um jene Briefmarke zum 50-jährigen Gedenken an den 17. Juni 1953 kämpften, eine Marke mit Wertzuschlag übrigens, der uns ebenfalls einen Zuschuss bescheren sollte, wie eifrig sind damals viele von uns gewesen, indem sie an den Bundespräsidenten schrieben?

25 Teilnehmer – ich möchte das an dieser Stelle nicht nachprüfen, aber wenn ich allein den Dachverband der Opferverbände kommunistisch Verfolgte ansehe, so bin ich nicht sicher, ob es dort nicht (mindestens) ebenso viele Vereine und Initiativen als Mitgliedsverbände gibt. Es stellt sich die Frage, ob demnach jeder Verband ein Mitglied geschickt hat oder ob nicht wieder die wenigen Kameradinnen und Kameraden zur Veranstaltung gekommen sind, die dies ohnehin meistens tun und die vielmehr in Vereinen organisiert sind, die zur VOS und zum BSV gehören.

Zwei Tage nachdem dieser missglückte Marsch stattgefunden hat, erhielt ich die pessimistisch geprägte Mitteilung eines Kameraden, der eigentlich hatte teilnehmen wollen, der jedoch angesichts der geringen Beteiligung den Rückzug antrat. Sein Kommentar: Man hätte diese Aktion sofort abblasen müssen, damit der politische Gegner nicht erfährt, wie miserabel die Einstellung unserer Kameradinnen und Kameraden ist, wie wenig Beteiligung und Identifikation vorhanden sind. Diese Meinung teile ich nicht. Auch wenn es noch weniger Teilnehmer gewesen wären, hätte man diesen Marsch durchführen müssen. Nach wie vor gilt die Devise: Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

Ich erinnere daran, wie emotional und nachhaltig breit die Bemühungen um die Ehrenpension stattfanden. Immer wieder haben einzelne Kameraden oder Gruppen, auch die gesamte VOS, die zeitweiligen Ermüdungserscheinungen und die sich andeutenden Resignationen überwunden und etwas Neues unternommen. Warum soll dieses große Engagement nun vorbei sein? Sollten wir nicht, wenn es wieder heißt „Wir demonstrieren“, vorher mehr Ankündigungen herausgeben und einen jeden versuchen mitzureißen? Man sieht es schließlich an der Fg und bei Aktionen wie kürzlich in Hessen: Warum bauen wir nicht einen Informationsstand vor dem Gebäude, an dem die Partei die Linke vor zig Fernsehkameras ihre Großveranstaltungen abhält?

Vieles ist möglich. Aber man darf sich nicht zufrieden geben, man muss Entschlossenheit und Mut zeigen.

*Dr. Alwin Haug*

### **Einfach aus dem Vollen schöpfen**

#### *Geld ist da, jedenfalls in der EU*

Die Europäische Union gehört zu den finanziell gesündesten Institutionen, die man kennt. Obwohl sie im wirtschaftlichen Sinne nicht produktiv arbeitet, hat sie ständig Einnahmen – und was für welche. Aber sie hat auch Ausgaben, und dies vor allem für ihren riesigen Apparat an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie gibt jährlich allein eine halbe Milliarde Euro für die Übersetzung von EU-Dokumenten in die einzelnen Sprachen ihrer Mitgliedsstaaten aus. Als Übersetzer werden mehr als 2.000 Mitarbeiter beschäftigt. Dabei ist die Tendenz zunehmend, denn sowohl die Zahl der Mitgliedsstaaten soll steigen wie auch der Verwaltungsaufwand.

Wenn schon niemand fragt, ob diese Ausgaben wirklich notwendig sind, so stellt sich zumindest die Frage, ob man nicht auch bei der SED-Opferrente noch großzügigere Regelungen schafft. *B.Th.*

# Das Gedenken in die Tat umgesetzt und der Sache der Opfer gedient

*Nachruf auf einen Kameraden, der sich nachhaltig gegen das Vergessen einsetzte*

In stiller Trauer haben wir Abschied genommen von unserem langjährigen Mitglied, dem

## Steinmetzmeister Manfred Schaffarzick

aus Burg/Spreewald.

Er verstarb am 10. Juni 2008 im Alter von 80 Jahren.

Ihm gilt unser besonderer Dank, weil er wesentlich dazu beigetragen hat, den schmerzlichen Teil der geschichtlichen Wahrheit aufzuarbeiten. Er war einer der Überlebenden der stalinistischen Willkür, der nach der politischen Wende mit dafür gesorgt hat, dass die unschuldigen Opfer dieser schlimmen Haftjahre nicht vergessen werden.

Manfred Schaffarzick hat den Gedenkstein im Lager Jamlitz entworfen, erarbeitet und aufgestellt. Damit hat er wesentlichen Anteil an der Gestaltung dieser würdigen Stätte des Gedenkens.

Findlinge aus den Tagenbauen der Niederlausitz wurden in seinem Betrieb als Gedenksteine bearbeitet und gestaltet. Sie wurden am ehemaligen NKWD-Keller, der „Grünen Hölle“, in Calau im Jahre 1996 und am ehemaligen Stasi-Gefängnis in Cottbus im Jahre 1999 aufgestellt und feierlich eingeweiht.

Diese Gedenksteine wurden kostenlos im Betrieb von Manfred Schaffarzick, unter Beteiligung und Mitwirkung seiner beiden Söhne, die den Steinmetzbetrieb inzwischen übernommen haben, geschaffen.

In Wertschätzung werden wir Manfred Schaffarzick immer in guter, kameradschaftlicher Erinnerung behalten.

*Die Haftkameraden aus Cottbus und Umgebung  
Der Bundesvorstand der VOS*

Der Findling des Steinmetz' Manfred Schaffarzick an der Cottbuser Haftanstalt trägt eine Gedenktafel mit der Inschrift:

### DEN UNSCHULDIGEN OPFERN POLITISCHER VERFOLGUNG 1933–1945 1945–1989“.

Das Aufstellen des Steines wurde durch die Kameraden der VOS-Bezirksgruppe Cottbus initiiert. Bei Schneegestöber machten sich Alfred Ullmann und Manfred Schaffarzick auf, um passendes Rohmaterial zu sichten. So wurde der Findling (ebenso der für die Stadt Calau) im Tagebau herausgesucht. Die Stadtverwaltung Cottbus, das Technische Hilfswerk und die Laubag unterstützten die Errichtung des Gedenksteines. Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt selbst setzte sich für die Errichtung des Steines in Cottbus ein. Der Gedenkstein in Calau wurde ebenfalls mit einer Inschrift versehen. Sie lautet

### ZUM GEDENKEN AN DIE UNSCHULDIGEN OPFER DER STALINISTISCHEN WILLKÜR

Der Stein befindet sich vor einem Wohnhaus in der Calauer Finsterwalder Straße (Luckauer Tor). Das Gebäude, „Grüne Hölle“ genannt, wurde in der Nachkriegszeit von der sowjetischen Besatzungsmacht für Vernehm-

gen und zur Festsetzung von Deutschen genutzt und diente der sowjetischen Geheimpolizei als Gefängniskeller. Von hier aus kamen die Gefangenen in andere Sonderlager oder wurden in endlos dauernden Transporten nach Sibirien deportiert. Viele der Eingekerkerten waren noch jugendlich und Opfer des Denunziantentums, andere hatte man als Gegner der Zwangsvereinigung KPD/SPD inhaftiert.

Die Leistung unseres Kameraden Manfred Schaffarzick sind auch in der Brandenburg-Recherche **DER UMGANG MIT DEN DENKMÄLERN** von Regina Scheer, herausgegeben von der Brandenburgischen Landeszentrale Forschung und Kultur für politische Bildung des Landes Brandenburg Ministerium für Wissenschaft enthalten. Hier sind auch Informationen über die Stasi-Haftanstalt in Potsdam („Lindenhof“) und weitere ehemalige Haftstätten und Lager enthalten. Diese Recherche umfasst insgesamt 192 Seiten.

Ebenfalls festgehalten sind die Gedenksteine von Manfred Schaffarzick in der kürzlich erschienenen Publikation von Annette Kaminsky (Stiftung zur Aufarbeitung von SED-Unrecht). Dieses Werk, das den Titel „Orte des Erinnerns“ trägt, erfasst alle Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen, die zur Erinnerung und Mahnung an die vormalige Diktatur in SBZ und DDR

errichtet oder angebracht wurden. Es umfasst ca. 560 Seiten, auf denen 80 Abbildungen zu finden sind. Der Preis liegt allerdings bei 24,90 Euro.



Erinnerungsstätte Jamlitz. Hier wurden von September 1945 bis April 1947 10.200 Menschen inhaftiert, von denen 3.380 an Hunger und Seuchen umkamen.

*Weiter nächste Seite*

## Gedenksteine wurden mit großem Aufwand und trotzdem kostenlos erstellt

*Manfred Schaffarzick wird über den Tod hinaus für seine große Leistung geehrt*

In Würdigung für seinen Einsatz und für die kostenlose Arbeit bedankte sich der damalige Cottbuser Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt in einem persönlichen Schreiben an Manfred Schaffarzick, in dem er auch auf die Errichtung des Gedenksteins in der ehemaligen Haftanstalt Cottbus einging. Da Kleinschmidt selbst an der Enthüllung des Steines und der Tafel teilgenommen hatte und mit mehreren anwesenden ehemaligen Häftlingen ins Gespräch kommen konnte, erfuhr er, dass diese Form des Gedenkens für die einstigen Opfer bis gerade heutzutage eine große Bedeutung habe. Kleinschmidt wurde deutlich gemacht, wie schwer die Häftlinge einst in den Lagern und Zuchthäusern zu leiden hatten. Ebenso wies Kleinschmidt auf die Notwendigkeit hin, gegen das Verdrängen und Vergessen des geschehenen Unrechts anzukämpfen und eine Wiederholung nicht zuzulassen.

Zu besonderem Dank sind die Kameraden Manfred Schaffarzick verpflichtet, da die Steine keinerlei Kosten verursacht haben. Der Transport der Steine vom Tagebau in die Werkstatt nach Burg erfolgte durch das THW und den Transport des Steines von der Werkstatt in Burg wurde kostenlos durch die Firma von Manfred Schaffarzick übernommen.

Bei der Bearbeitung des Gedenksteins für die „Grüne Hölle“ in Calau machte sich auch Kamerad Abt sehr verdient, indem er einen Teil des Transports übernahm. Auch die Söhne von Manfred Schaffarzick, die damals schon in der Werkstatt des Vaters mitarbeiteten, haben alle Leistungen unentgeltlich erbracht. Auch ihnen gebührt Dank und Anerkennung.



**Den unschuldigen Opfern der stalinistischen Willkürherrschaft – der Gedenkstein vor der berüchtigten „Grünen Hölle“ in Calau, erstellt von Manfred Schaffarzick. Er wurde auch kostenlos bepflanzt.**

## Personelle Veränderungen nach Vorstandswahl der VOS in Bayern

*Am 6. Mai 2008 fand in der VOS-Bezirksgruppe München und Oberbayern die Wahl eines neuen Vorstandes statt. Der Vorstand sandte der Redaktion das Kurzprotokoll zu, das nachstehend veröffentlicht wird*

Nach der Begrüßung der Anwesenden und der Ehrung unserer Verstorbenen folgte der Rechenschaftsbericht unseres Vorsitzenden, Kameraden Johann Victor Bausch, über Themen zur Bezirksgruppe München und die geleisteten Tätigkeiten des Vorstandes.

Gemäß der Tagesordnung berichtete anschließend Kamerad Günther Kühme von der Versammlung am 12. April 2008 in Berlin, zum möglichen Zusammenschluss von BSV und VOS. Kamerad Günther Kühme trug den Kassenbericht vor, der vom Kassenprüfer, Kamerad Michael Kühn, bestätigt wurde.

Dem anschließenden Bericht des Kameraden Gerhard Thalacker zum Stand der Opferrente folgten Diskussionen und persönliche Erfahrungen einzelner Mitglieder zu diesem Thema.

Nach der Wahl eines Wahlleiters, hier Kamerad Jörg Petzold, stellte dieser zuerst die Beschlussfähigkeit der anwesenden Mitglieder entsprechend der Satzung fest. Der alte Vorstand wurde daraufhin ohne Gegenstimmen und Enthaltungen entlastet.

Kamerad Thalacker informierte die Mitglieder über den Amtsverzicht des Kameraden Bausch. Der sich anschließende Rückblick über seine geleistete Arbeit für die VOS enthielt neben Kritik vor allem Dank, verbunden mit den besten Wünschen für sein persönliches Wohlergehen. Die Wahl des neuen Vorstandes brachte folgendes Ergebnis, wobei es jeweils ohne Enthaltungen und Gegenstimmen zustande kam:

- 1. Vorsitzender in Personalunion mit dem Kassierer Kamerad Günther Kühme**
- 1. stellvertretender Vorsitzender Kamerad Gerhard Thalacker**
- Kassenprüfer und Schriftführer Kamerad Michael Kühn**
- Zum Delegierten und dessen Stellvertreter wurden der Kamerad G. Thalacker und die Kameradin Dr. Ingrid Schmidt gewählt.**

Die Versammlung fand ihren gemütlichen Ausklang in der Gaststube des Hauses des Deutschen Ostens in München bei kameradschaftlichen Gesprächen.

Stellv. Vorsitzender  
G. Thalacker

Schriftführer  
M. Kühn

### **Hinweise zu dieser und zur nächsten Ausgabe der Freiheitsglocke**

Doppelausgaben haben es immer in sich – oder auch nicht. Leider sind diesmal einige Beiträge nicht mit aufgenommen worden. Diese mussten auf Fg 671 verlegt werden. Unter anderem kommt dann der Beitrag über **Rolf Starke** (Wurzen), **Günter Mühle** (Ansprache und Bericht 17. Juni), ein (neues) Gedicht von **Erich Schmitt** und **Erich Grebe**. A. R.



# Wie der „rote Adler“ braun und nun zum Feindbild wurde

*Die Linkspartei will die Brandenburgische Landeshymne nicht mehr mitsingen*

Als Gustav Büchenschütz, damals gerade 21 Jahre alt geworden, am 10. Mai 1923 in einer havelländischen Jugendherberge bei Berlin das Lied von der märkischen Heide dichtete und komponierte, konnte er nicht ahnen, welchen Sturm der Entrüstung und des Abscheus er 85 Jahre später bei den „Genossen“ der „Linkspartei“ auslösen sollte. Das Lied, dessen Geschichte der Journalist Werner Bader in seinem Buch „Steige hoch, du roter Adler“ (1988) aufgezeichnet hat, wurde zur inoffiziellen Hymne des Landes Brandenburg, nachdem sie einen Weltkrieg und zwei Diktaturen bis zum Mauerfall 1989 überlebt hatte. Zum 100. Geburtstag des Liedschöpfers Gustav Büchenschütz (1902-1996) am 7. April 2002 fand am Gedenkstein in Vehlefanz eine Feier statt, auf der der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) anerkennende Worte sprach, anschließend wurde die im Bundesland Brandenburg äußerst beliebte Hymne angestimmt.

Jetzt aber, 75 Jahre nach der „Machtergreifung“ 1933, haben die „Genossen Historiker“ in der „Linkspartei“ unter Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine die Geschichtsbücher gewälzt und mit Schaudern entdeckt, dass die fünf Jahre nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Huldigungshymne auf die karge Schönheit Brandenburgs eigentlich ein „Nazi-Lied“ ist, denn „nachweislich sang es damals fast ausschließlich die SA“, so die PDS-Zeitung „Neues Deutschland“ vom 29. Mai 2008, und das schon vor 1933!

Nun hat die SA viele Lieder gesungen, vor und nach 1933, darunter auch „Am Brunnen vor dem Tore“ und „Das Wandern ist des Müllers Lust“. Das war und ist in Deutschland verbreitetes Liedgut, das heute schlechterdings nicht verboten werden kann. Und verbieten wollen die strammen Ideologen von der „Linkspartei“ das Lied „Märkische Heide“ mit dem „roten Adler“, der über „dunkle Kiefernwäldern“ aufsteigt, keineswegs, sie wollen es nur nicht mehr mitsingen müssen, wenn es bei offiziellen Anlässen im Potsdamer Landtag oder in der Provinz angestimmt wird. Denn nach dem Studium historischer Dokumente ist den „Genossen“ von der Potsdamer Landtagsfraktion ein furchtbarer Schrecken durch die Glieder gefahren, haben sie doch seit 1990 dieses Lied immer mitgetrallert, das schließlich auch „auf Reichsparteitagen in Nürnberg gesungen“ wurde, so „Neues Deutschland“ vom 31. Mai 2008.

Vielleicht sollte man die eifrigen „Genossen“ von der „Linkspartei“ einmal an die Geschichte des 1989/90 so schmachlich untergegangenen Staates erinnern, dem sie sich ideologisch verpflichtet fühlen. Auch dort gab es eine Hymne, gedichtet von Johannes R. Becher (1891-1958), vertont von Hanns Eisler (1898-1962) und von der „Volkskammer“ am 5. November 1959 zur „Nationalhymne“ erhoben. Sie beginnt mit den Worten „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt ...“, und schon in der dritten Zeile heißt es „Deutschland, einig Vaterland“. Und wegen dieser drei Worte durfte diese Hymne nach Erich Honeckers Machtantritt am 3. Mai 1971 nicht mehr gesungen werden, nur das Spielen der Melodie war noch erlaubt.

Und noch ein schlimmeres Beispiel für den Umgang der Kommunisten mit der Geschichte: Die um 1871

entstandene „Internationale“, in der „das Menschenrecht erkämpft“ wurde, war bis 1944 Nationalhymne der Sowjetunion. Dieses Kampflied der Arbeiterbewegung wird heute noch von Kommunisten in aller Welt, auch von der „Linkspartei“, gesungen. Dass im Zeichen dieses Liedes Millionen von Menschen in sibirischen Lagern umgebracht wurden, davon wollen die geschichtsbesessenen „Linken“ im Potsdamer Landtag freilich nichts wissen!

*Dr. Jörg Bernhard Bilke*

## Ehrenpension erreicht allmählich immer mehr Antragsteller

*In Berlin beziehen inzwischen mindestens 6.000 Opfer die „Besondere Zuwendung“.*

Etwa ein Dreivierteljahr nach Verabschiedung des Gesetzes über die „Besondere Zuwendung“ für anerkannte ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR, in der Umgangssprache Ehrenpension oder Opferrente genannt, hat die Mehrheit der Antragsteller inzwischen einen positiven Bescheid über die Zahlung bekommen bzw. ist der Betrag sogar schon Bestandteil des regelmäßigen Monatseinkommens geworden.

Das Gesetz über die Gewährung war im vorigen August beschlossen worden, demnach haben politische Häftlinge, die die Bescheinigung nach 10/4 oder eine strafrechtliche Rehabilitierung vorlegen können, Anspruch auf einen monatlichen Betrag von 250 Euro, sofern sie als Nichtrentner die festgelegten Einkommensgrenzen nicht überschreiten (dies sind 1.041 Euro für allein Lebende, für Verheiratete 1.388 Euro, wobei verschiedene Einkommensteile nicht angerechnet werden. Andererseits gehören zum aufzuführenden Einkommen alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert, etwa aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit, Honorare, Zinseinkünfte aus Kapitalvermögen oder Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung).

Nachdem in den ersten Monaten nach Verabschiedung des Gesetzes immer wieder Beschwerden kamen, dass sich die Bearbeitungszeit unerfreulich lange hinziehen würde, liegen inzwischen Zahlen vor, die einen für die meisten Antragsteller positiven Verlauf ausweisen. So erhalten in der Bundeshauptstadt Berlin mittlerweile 6.000 ehemalige politische Häftlinge die Ehrenpension. Einen Antrag gestellt hatten allerdings 9.000 frühere Häftlinge, sodass letztlich doch noch nicht alle bearbeitet sein können.

Allerdings gibt es auch Ablehnungen. Allein in Berlin wurden 1.400 Anträge abgelehnt. Als Grund werden vor allem ungenügende Haftnachweise angegeben. Dies stimmt insofern nachdenklich, als mittlerweile fast zwei Jahrzehnte vergangen sind, in denen man sich hätte bei Gericht rehabilitieren lassen können. Die Möglichkeit der Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz besteht indessen noch viel länger.

Leider gibt es auch Fälle, in denen keine Nachweise über die Haft vorliegen und demzufolge eine Rehabilitierung im üblichen Verfahren schwer möglich wird. Dies ist besonders dann eine Auslegungssache, wenn die Haftzeit schon lange zurück liegt. Man muss also die Frage stellen, wo die Behörden legitimiert sind, von der Gesetzesvorgabe abzuweichen.

*B. Thonn*

# Antifaschist mit SS-Flecken und Protokollführer eines Massakers?

*Die Lücken im Lebenslauf des „Volksschriftstellers“ Erwin Strittmatters geben Anlass zum Fragen*

Bis zum 8. Juni 2008 konnte der im SED-Staat bekannte und berühmte Volksschriftsteller Erwin Strittmatter (1912-1994) einen einwandfrei proletarischen Lebenslauf vorweisen. Zwei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs als „Sohn eines Bäckers und Kleinbauern“, wie in DDR-Lexika lobend vermerkt wird, in der Niederlausitz geboren, besuchte er bis zur Mittleren Reife das Realgymnasium in Spremberg und arbeitete in den Jahren 1930/34 als Bäcker im väterlichen Betrieb. Danach wurde er, als Mitglied der inzwischen verbotenen „Sozialistischen Arbeiterjugend“, wegen kommunistischer Umtriebe in der märkischen Stadt Döbern vorübergehend in „Schutzhaft“ genommen und arbeitete dann in den verschiedensten Berufen: als Tierpfleger in Dinslaken am Niederrhein, als Kellner, Chauffeur, Landarbeiter und zuletzt als Hilfsarbeiter im thüringischen Schwarzburg. Im Jahr des „Russlandfeldzugs“ 1941 wurde er eingezogen und, so gibt das DDR-Schriftsteller-Lexikon von 1974 verkürzt Auskunft: „desertierte als Soldat der Hitlerwehrmacht gegen Ende des Krieges“.

Auch nach 1945 setzte Erwin Strittmatter sein unstetes Leben fort: Er arbeitete auf einem Obstgut, war Bäcker bei seinem Vater, versorgte die angegliederte Landwirtschaft als Kleinbauer und bekam durch die Bodenreform ein Stück Land zugewiesen, das er als „Neusiedler“ bewirtschaftete. Zugleich aber war er Amtsvorsteher für sieben kleine Gemeinden, „Volkskorrespondent“ und später Lokalredakteur einer Zeitung. Im Jahr 1947 trat er schließlich der SED bei und besuchte die Kreispartei-schule. In seiner Freizeit aber schrieb er an seinem ersten Roman, der 1950 unter dem Titel „Ochsenkutscher“ erscheinen sollte.

Der proletarische Nachwuchsautor war schließlich 38 Jahre alt, als sein Aufstieg in die angeblich „herrschende Klasse“ der Arbeiter und Bauern nicht mehr aufzuhalten war. Der damals noch lebende Stückeschreiber Bertolt Brecht (1898-1956) vom Ostberliner „Theater am Schiffbauerdamm“, der den jungen Kollegen nach Kräften förderte, sagte damals voller Stolz über Erwin Strittmatter, er wäre „nicht aus dem Proletariat aufgestiegen, sondern mit dem Proletariat!“ So bekam er für sein erstes Theaterstück „Katzgraben“ (1953) im gleichen Jahr den „Nationalpreis“ verliehen, einen zweiten 1955 für den Jugendroman „Tinko“ (1954), worin, so das Leipziger Lexikon, die „revolutionären Veränderungen in einem Dorf der Niederlausitz in den Jahre 1948/49“ beschrieben waren. Weit weniger ist bekannt, dass in einigen Kapiteln auch das Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen auf dem Land berührt wurde.

Der dritte „Nationalpreis“ kam 1964 und galt dem von der Partei hart diskutierten und fast verbotenen Roman „Ole Bienkopp“ (1963). In der Gestalt des Ole Hansen agierte dort ein eigensinniger Bauer, der als Aufrührer und Selbsthelfer auftrat und, noch bevor die Kollektivierung der Landwirtschaft in Ostberlin beschlossen war, die „neue Bauerngemeinschaft“ gegründet hatte.

Mit den beiden Romantrilogien „Der Wundertäter“ (1957/1973/1980) und „Der Laden“ (1983/1987/1992) hat sich Erwin Strittmatter einen festen Platz in der DDR-Literatur erschrieben und wurde dafür mit Preisen und Auszeichnungen belohnt: 1961 erhielt er den Lessing-Preis des DDR-Ministeriums für Kultur, 1966 den Fonta-

ne-Preis des DDR-Bezirks Potsdam, von 1969 bis 1983 war er Vizepräsident des DDR-Schriftstellerverbands, 1974 bekam er den „Karl-Marx-Orden“, 1982 den „Vaterländischen Verdienstorden“, und 1987 schließlich wurde er zum „Helden der Arbeit“ ernannt. Als er am 31. Januar 1994 im Alter von 81 Jahren starb, war er ein hochangesehener Schriftsteller, dessen Romane den Untergang des DDR-Sozialismus 1989/90 überlebt hatten. Noch 1996 wurden das Spremberger Gymnasium, das er bis 1929 besucht hatte, und 2005 das Gymnasium der Stadt Gransee im Landkreis Osthavelland, wo er seit 1957 auf dem Schulzenhof im Dorf Dollgow am Stechlin-See lebte und Pferde züchtete, nach ihm benannt.

Wären da nicht einige ungeklärte Punkte in seinem offiziellen Lebenslauf gewesen, so wäre Genosse Erwin Strittmatter als einer der bedeutendsten Vertreter der DDR-Literatur in die Geschichte eingegangen, der über sich selbst sagen konnte, ohne die DDR „wäre ich nicht nur nicht der Schriftsteller geworden, der ich bin, sondern überhaupt kein Schriftsteller“. Aber jedem aufmerksamen Beobachter musste auffallen, dass schon im DDR-Schriftsteller-Lexikon von 1974, was die Jahre 1934 bis 1945 betraf, eine erhebliche Lücke in der Biografie klaffte. Wo war er als Soldat der „Wehrmacht“ eingesetzt, bevor er, wie man heute weiß, im Februar 1945 Fahnenflucht beging? Im Jahr 2000 konnte man im West-Lexikon „Wer war wer in der DDR?“ auf den Seiten 836/37 dazu Näheres erfahren. Danach wurde der spätere Sozialist 1941 zur „Schutzpolizei“ einberufen und arbeitete als Oberwachtmeister in der Schreibstube. Das „Reserve-Polizei-Bataillon 325“, dem er diente, war in Slowenien, Österreich, Finnland und Griechenland eingesetzt. Drei Jahre später, 1944, arbeitete er in der Reichshauptstadt Berlin in der Film- und Bildstelle der „Ordnungspolizei“, die er nach einem Bombenangriff verließ, um unterzutauchen. Was waren „Schutzpolizei“ und „Ordnungspolizei“ und welche Aufgaben hatte sie im Krieg zu verrichten?

Den Berliner Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Werner Liersch (geb. 1932) haben diese mageren Angaben im Lebenslauf eines Kollegen nicht ruhen lassen. So ist er, Aufklärer aus DDR-Erfahrung, in mehreren Archiven fündig geworden und hat seine Forschungsergebnisse am 8. Juni in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ veröffentlicht. So wurde Erwin Strittmatter im April 1941 nicht zur „Schutzpolizei“, sondern zur „Ordnungspolizei“ einberufen. Diese Polizeitruppe, der er angehörte, wurde im Spätherbst 1941 zur Objektbewachung in Slowenien und 1942 zum Schutz des Hinterlandes an der Karelischen Front in Finnland eingesetzt, bevor es im Sommer 1942, auf Befehl Heinrich Himmlers, des „Reichsführers SS“, noch einmal nach Slowenien abkommandiert wurde zur „Bandenbekämpfung“. Hier soll es zum „Massaker von Bistrica“ gekommen sein, an welchem der Regimentsschreiber Erwin Strittmatter nicht unmittelbar beteiligt war, das er aber, wie andere Kriegseignisse auch, säuberlich aufzuzeichnen hatte.

Im Dezember 1942 wurde die Einheit nach Griechenland verlegt und seit 24. Februar 1943 als „SS-Polizeiregiment“ geführt, das im Juni 1944 zu „Säuberungsaktionen“ auf die Halbinsel Peloponnes befohlen wurde. SS-Mann Erwin Strittmatter, der in seiner Erzäh-



lung „Grüner Juni“ (1985) diese Vorfälle verschweigt, hatte Kenntnisse ungeheuren Ausmaßes über die von seiner Einheit begangenen Verbrechen, ohne dass er sich in einem Schreibakt, wenn auch nur in fiktiver Form, davon befreit hätte. Aber selbstverständlich war er dadurch erpressbar geworden, da anzunehmen ist, dass sowohl die „Zentrale Partei-Kontroll-Kommission“ wie auch die „Staatssicherheit“ über sein unterschlagenes Vorleben im Krieg informiert waren.

So wurde er am 11. Juni 1959, nachdem es vorher bereits mehrere Treffen mit MfS-Leutnant Benno Paroch auf dem Schulzenhof gegeben hatte, unter dem Decknamen „Dollgow“ als „Geheimer Informator“ angeworben, der mehrere Jahre lang, bis zum Abschlussbericht am 20. Juli 1964, allerlei Wissenswertes über Kollegen aus Vorstand und Mitgliedschaft des Schriftstellerverbands berichten konnte.

*Jörg Bernhard Bilke*

### Über Erwin Strittmatter:

Hauptwerke: Die Romantrilogien „Der Wundertäter“ und „Der Laden“.

Verordnete Schullektüre: „Tinko“.

Am meisten öffentlich diskutiert: Sein 1963 erschienener LPG-Roman „Ole Bienkopp“, der selbst vom Westen als sozialismuskritisch eingestuft wurde, sich bei genauem Hinschauen jedoch zur Hauptsache als Lobgesang auf das DDR-System erweist.

Strittmatter schöpft in all seinen Büchern aus persönlichem Erleben und stellt sich – oft genug in freundlich selbstgefälliger Pose – in die Mitte des Zeitspiegels. (Marcel Reich-Ranicki: „Es fällt schwer, einen Unterschied zwischen dem intellektuellen Niveau des Heimatdichters Strittmatter und dem seiner volkstümlichen Helden zu erkennen.“) In der Tat spart er die Zeit der NS-Herrschaft aus. Zu Fragen des politischen Widerstands in der SBZ/DDR oder zu Opfern des SED-Unrechts äußert sich Strittmatter in seinen Büchern bestenfalls andeutungsweise. Obwohl er sich zugleich aber auch nicht vordergründig propagandistisch äußert, geht aus all seinen Schriften eine bedingungslose politische Systemtreue hervor, die letztlich auch sein erzählerisches Talent bedeutungslos macht. (Hierzu nochmals Reich-Ranicki: „Dieser Autor stellt die Geduld und Nachsicht des Lesers oft auf eine harte Probe. Die intellektuelle Armseligkeit ist schwer erträglich.“ – Zitate von Sven Felix Kellerhoff in Welt online Kultur aufgeführt.) Anders als bei Günter Grass, der als 17-Jähriger bei der Waffen-SS Mitglied geworden war, muss man bei Strittmatter von einem höheren Reifegrad ausgehen, da der spätere DDR-Schriftsteller bei Ausbruch des Krieges bereits 27 Jahre war.

Strittmatter war Mitglied der SED, er lebte in Dollgow in der Nähe von Gransee, wo er sich neben seiner konsequent geführten schriftstellerischen Arbeit seinem früh begonnenen Hobby, der Pferdezucht, widmete und wo er auch zum Ehrenmitglied der LPG gemacht wurde.

In Gransee wurde in 2004 das dortige Gymnasium nach ihm benannt. Dies geschah offenbar aus der geografischen Nähe zu Strittmatters langjährigem Wohnort. Eine Schülergruppe des Gymnasiums erhielt in 2003 einen Preis für eine Projektarbeit zum Thema 50 Jahre Volksaufstand vom Juni 1953.

Obwohl Strittmatter seit 14 Jahren tot ist, ist seine Biografie nicht zu Ende. Die *unbeschriebenen* Jahre seines Lebens bedürfen unbedingt der Aufarbeitung.

## Deutsche, Russen, Polen

### Über den Umgang mit der Geschichte und über unsere Nationalität

Sind Russlanddeutsche, die seit gut zweihundert Jahren in Russland und später in der Sowjetunion beheimatet waren, Russen? Und sind deutsche Aussiedler aus Polen demnach Menschen polnischer Abstammung?

Wenn man den Medien und vielen in Deutschland lebenden Landsleuten glauben möchte, so ist das Problem, das wir dereinst mit unseren Landsleuten in den Staaten des früheren Ostblocks hatten, gelöst. Vor allem die letzte Fußball-EM hat es bewiesen: Wir sprechen nun nicht mehr von Aussiedlern und auch nicht von Deutschen, die noch in Polen, Russland oder anderen Staaten leben, sondern wir ordnen sie einfach ihrem Lebensraum zu. Die Spieler Lukas Podolski oder Miroslav Klose etwa sind schlichtweg Polen, die die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen haben. Die Medien geben diese „Weisheit“ vor, die Fernsehzuschauer und Zeitungsleser nehmen sie hin und setzen sie um. Unbedacht kreist dann beispielsweise die Meinung: „Podolski und Klose sind ja eigentlich Polen, sie haben sich nur entschieden, für Deutschland Fußball zu spielen, weil sie dabei viel mehr Geld verdienen können!“

Mit Behauptungen dieser Art stellen wir die Geschichte auf den Kopf, denn in Polen sind viele Menschen aufgewachsen, die deutscher Abstammung sind. Man bedenke allein, dass in Oberschlesien, der einstigen Kohlehochburg, viele Deutsche und viele Polen zusammenlebten. Mit dem Ausgang des Ersten und des Zweiten Weltkrieges ergaben sich jedoch einschneidende Grenzänderungen, die zur Folge hatten, dass die Deutschen die Gebiete Schlesien, Ostpreußen, Pommern und weitere verlassen mussten. Insbesondere in Oberschlesien blieben Tausende zurück. Sie blieben Deutsche, obwohl sie willkürlich zu polnischen Staatsbürgern gemacht wurden und ihnen keine Möglichkeit gegeben wurde, die deutsche Sprache zu lernen. Dass sie irgendwann vom Angebot der Bundesrepublik Gebrauch machten, nach Deutschland (einige zogen sogar in die DDR um) überzusiedeln, ist als ihr gutes Recht anzusehen. Falsch wäre es nämlich, ihnen allein die schweren Folgen des Zweiten Weltkrieges aufzubürden.

Und jene Deutschen, die in der früheren Sowjetunion unter den unmenschlichen Maßnahmen eines Diktators Stalin zu leiden hatten, sind einfach dafür bestraft worden, dass sie deutscher Abstammung waren? Schon bevor Hitler den Krieg gegen Stalins Reich vom Zaun gebrochen hatte, wurden sie wegen ihrer Volkszugehörigkeit benachteiligt und bestraft. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg mussten sie schlimmer für den Krieg büßen als viele andere Deutsche. Als Faschisten bezeichnet, richteten sich Spott und Zorn der anderen Volksgruppen sehr massiv gegen diese Menschen. Die Bezeichnung Deutscher wurde schlichtweg zum Schimpfwort. Dass man jene von ihnen, die seit 1990 in die Bundesrepublik übergesiedelt sind, inzwischen als Russen und Kriminelle hinstellt, ist ein widersinniger Verrat an der Geschichte aller Deutschen. Denn eben weil man sie hier nicht integrieren will und als Fremde betrachtet, geraten einige in eine kollektive Isolation und machen der Gesellschaft Probleme.

*B. Thonn*

## Gute Tendenzen bei Zeitzeugengesprächen und Projekttagen

*Potsdamer Projektwerkstatt legt Arbeitsbericht für das Schuljahr 2007/2008 vor*

Mit einer positiven Entwicklung schließt die Potsdamer Projektwerkstatt mit Sitz in der Lindenstraße (ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit) das Schuljahr 2007/2008 ab. Die Leiterin Catrin Eich übermittelte die aktuellen Zahlen, sodass diese nunmehr in der Fg veröffentlicht werden können und auch VOS-Mitgliedern Mut zu Zeitzeugengesprächen machen sollen.

An betreuten Personen sind 3.430 zu verzeichnen, an Gruppen waren es 123. Diese entfielen territorial mit 59 auf die Stadt Potsdam, mit 44 auf das Land Brandenburg und mit 13 auf andere Bundesländer. Zudem werden 7 für das europäische Ausland genannt.

An Schüler-Projekttagen in der Gedenkstätte sind 108 mit 2.447 Teilnehmern zu verzeichnen. Darin enthaltene Zeitzeugengespräche: 67 mit 1.433 Teilnehmern.

Zeitzeugenbegegnungen in Schulen fanden 24 mit 741 Teilnehmern statt, wobei auch VOS-Vorstands-Mitglied Alex Latotzky und Fg-Redakteur Alexander Richter zu nennen sind.



Zeitzeugengespräch bei Fortbildungen: 1, Zeitzeugengespräche gesamt: 92. Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer fanden 5 Mal mit 92 Teilnehmern statt.

Zieht man den Vergleich zum Schuljahr 2006/2007, so blickt man auf 2237 betreute Personen bei 85 Projekttagen zurück. Damals gab es 76 Zeitzeugengespräche gesamt 4 Fortbildungen mit 74 Teilnehmern.

Wie man sieht, sind in allen Bereichen deutliche Steigerungen zu verzeichnen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin Aufklärungsarbeit zu leisten ist und ein großer Bedarf zur Aufarbeitung besteht. Dies zeigen auch die Gespräche in den Schulen.

## Information hat nicht alle erreicht – trotzdem sind viele Daten erfasst

*Totenbuch Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 (1945 -1950) in Wessow und Sachsenhausen*

Am 6. März stellte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes im Rahmen einer Pressekonferenz das Totenbuch „Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 (1945 - 1950) in Wessow und Sachsenhausen“ vor.

Nach zwei Jahren intensiver Recherche- und Ableicharbeiten liegt nunmehr auf der Basis sowjetischer und deutscher Dokumente ein namentliches Gesamtverzeichnis der verstorbenen Häftlinge des Speziallagers in Manuskriptform vor. In diesem Totenbuch sind Name, Vorname, Geburtsjahr und Sterbedatum der Toten in alphabetischer Reihenfolge dokumentiert. Liegen zu den Verstorbenen das vollständige Geburtsdatum und der Geburtsort vor, wurden diese Angaben mit aufgenommen.

Die Stiftung teilte mit, dass das Totenbuch in der Bibliothek der Gedenkstätte Sachsenhausen während der Öffnungszeiten einsehbar ist. Seit Mai werden in der Gedenkstätte endlich die beträchtlichen Schäden behoben, die der Orkan „Kyrill“ im Januar 2007 im Bereich Archiv, Bibliothek und Depot verursacht hat. Das hat umfangreiche Baumaßnahmen zur Folge. Deshalb sind die Sammlungsbereiche voraussichtlich bis einschließlich 30. Juni geschlossen.

Darüber wurde langfristig auf unserer Internetseite informiert. Gleichzeitig haben wir alle Interessierten gebeten, sich wie gehabt bei Verbleibsanfragen in dieser Phase schriftlich an die Gedenkstätte zu wenden. Leider hat diese Information nicht alle Interessierten erreicht. Daher kann das Totenbuch ab sofort im Besucherinformationszentrum (BIZ) der Gedenkstätte eingesehen werden; Interessierte melden sich bitte bei den Mitarbeitern an der Information. Das BIZ ist täglich von 8.30 bis 18.00 Uhr geöffnet (15. Okt. – 14. März bis 16.30 Uhr).

Für weiterreichende Auskünfte oder Beratungen hinsichtlich einer eventuell möglichen Rehabilitierung durch russischen Behörden u. a. bitten wir, sich wie gehabt per Onlineformular auf der Internetseite der Gedenkstätte unter [www.gedenkstaette-sachsenhausen.de](http://www.gedenkstaette-sachsenhausen.de) oder schriftlich an die zuständige wissenschaftliche Mitarbeiterin zu wenden, damit Verbleibsanfragen so umfassend wie möglich beantwortet werden können. Jeder Anfragende bekommt eine Kopie des Eintrags aus dem Totenbuch zugeschickt. Ihr Anliegen richten Sie bitte an:

Dr. Ines Reich,  
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten,  
Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen  
Heinrich-Grüber-Platz 3, 16515 Oranienburg  
Tel. 03301-810916, E-Mail: [reich@stiftung-bg.de](mailto:reich@stiftung-bg.de)

### **von nebenstehendem Beitrag**

Die Schülerinnen und Schüler wissen teilweise immer noch zu wenig oder gar nichts und orientieren sich – durch den Einfluss sozialistisch geprägter Elternhäuser oder einstiger SED-Lehrer – schwerpunktmäßig selbst auf die Aufarbeitung der NS-Diktatur. Hier müssen alle kompetenten Opfer, Widerständler und Lehrkräfte tatkräftig Unterstützung leisten.

*Dr. Alwin Haug, Info.: Catrin Eich*

# Ist die LINKE eine demokratische Partei?

**Dazu eine Position der Opferverbände Sachsen-Anhalts, die nicht zuletzt aus eigener schmerzlicher Erfahrung herrührt:**

Bei Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Prof. Böhmer hört sich das so an, als sei die LINKE demokratisch, wenn er im Zusammenhang mit Koalitionsfragen antwortet: „Demokratische Parteien müssten grundsätzlich koalitionsfähig sein“, um dann allerdings einschränkend zuzufügen: „Gegenwärtig sei ein Bündnis mit der Linken aber nicht vorstellbar“

Die Aussage von Ministerpräsident Prof. Böhmer: „demokratische Parteien müssten grundsätzlich koalitionsfähig sein“ ist losgelöst vom Thema „Ist die Linke koalitionsfähig?“ durchaus nicht zu kritisieren. ABER wir, die durch die „real-sozialistische Diktatur“ Betroffenen und die Opfer politischer Verfolgung, halten aus leidvoller Erfahrung die LINKE ebenso wenig für eine demokratische Partei wie die NPD. Beide sind allerdings in der Demokratie (leider noch) zugelassene Parteien.

In die Parlamente werden zwar Vertreter der NPD und der Linken – dank geringer Wahlbeteiligung oft sogar in beträchtlicher Stärke – demokratisch gewählt, ABER, so meinen wir, daraus zu schlussfolgern, dass sie denn auch demokratische Parteien seien, dem wollen wir nicht folgen. Und wir glauben, dass die Mehrheit der demokratischen Parteien dem auch für die NPD zustimmt. Unerfindlich ist uns, weshalb diese Zustimmung nicht für die LINKE gelten soll.

Wir halten die LINKE für eine, von zutiefst demokratiefeindlichen, verbrecherisch gehandelt habenden SED- und Stasi-Kadern, fast durchgehend durchgesetzte Partei.

Sinngemäße Äußerungen wie „Die CDU ist der Hauptfeind“ (Höhn, Linke-Landeschef), „Wir streben den Systemwandel an“ (Brie), „Mauer und Stasi könnte ich mir durchaus wieder vorstellen“ (Wegner) oder: „Kaum jemand von uns ist angeklagt, geschweige denn verurteilt worden für seine Tätigkeit in den DDR-Justiz- Strafvollzugs- und Untersuchungsbehörden“ meint der stellvertretende DDR-Generalstaatsanwalt Bauer. Auf die Frage des Reporters „Spricht das nicht für das humane Strafverfolgungssystem der Bundesrepublik?“ sagt Bauer: „Nein, das spricht für das System der DDR“. Und bei einer solch unverfrorenen Äußerung möchte man fast noch gegenfragen: Warum sagte der Mann nicht gleich für das humane System der DDR.

Allein die, wie wir meinen, HIAG-ähnlichen SED-Aktivistenvereine, stellen einen erheblichen Teil der SED-PDS-LINKE Parteimitglieder. Diese Partei ist unserer Auffassung nach noch längst nicht demokratisch zu nennen, sondern eben nur in der Demokratie zugelassen.

Eine Koalitionsbereitschaft der CDU/CSU mit der LINKEN wäre für die Betroffenen und Opfer der roten Diktatur ein herber Schlag ins Gesicht und würde auch alle anderen Wähler dieser Partei verunsichern und vor (eigentlich unbeantwortbare) Fragen stellen.

Von den LINKEN lernen bezüglich Basisarbeit – wie Herr Böhmer meint – können alle demokratischen Parteien. Politikverdrossenheit kommt nicht von ungefähr, meinen wir.

In einem TV-Kurzbeitrag am 18.7. im mdr wurde das Thema unter der Überschrift: „Wie hältst Du es mit der LINKEN“ aufgegriffen. Jubel bei der LINKEN (wörtlich): „Vom Prinzip her ist dieser Weg sicherlich zu begrüßen, als akzeptierter gleichwertiger Partner im Wettbewerb zu sein.“

Ministerpräsident Böhmer meint am Schluss des Beitrages: die Opfer mögen's gelassener sehen (wörtlich): „Auch was die Opferverbände betrifft, wenn man denen nicht alles so sagt, wie sie es sehen, dass sie dann anfangen, sich aufzuregen. Auch da denke ich, wäre eine gewisse Gelassenheit vernünftiger“

Nun, ich denke wir bleiben gelassen. Dennoch ein Wort an den hoch ausgebildeten Mediziner, Professor Dr. Böhmer: In den Verbänden der Opfer der zweiten sozialistischen Diktatur in Deutschland (nach der nationalsozialistischen kam die „real-sozialistische“ Diktatur) sind nun mal die Menschen organisiert, die von der SED schwer und heute noch nachwirkend, geschädigt wurden. Ihnen und ihren Familien sind ganze Lebensläufe zerstört worden, viele von ihnen fanden nach der Haft nicht mehr in ein normales Leben zurück. Sie haben den wahren Charakter und die menschenverachtenden Ziele und Methoden der Linken kennen gelernt und sind damit gegen jede Form von linkem Populismus und linken Weltverschlimmbesserungsbestrebungen hoch allergisch. Es sollte deshalb eigentlich mehr Verständnis für die Ablehnung jeglicher Koalition mit der derzeit noch äußerst stark mit – meist unbehelligten – Tätern durchgesetzten LINKEN geben.

Schon der Gedanke an ein Zusammengehen einer christlichen Partei mit einer zutiefst antidemokratischen atheistischen LINKEN mit verbrecherischer SED-Vergangenheit bereitet den Opfern nun mal peinlichste Übelkeit und schmerzhaftes Retraumatisieren. Auch hier ist die von Herrn Böhmer gelobte Basisarbeit seitens der CDU angebracht.

Wir denken, Herr Böhmer weiß, dass Allergiker keine Spinner sind, sondern vorgeschädigte Übersensibilisierte. Dementsprechend sollte ihre Reaktion von der Politik auch etwas gelassener aufgenommen werden.

Wolfgang Stiehl



Hier das Sachsen-Anhalt-Logo „HIN GUCKEN EIN MISCHEN“ von Wolfgang Stiehl mit der Forderung „Mit beiden Augen“ und dem Augenpaar verschlimmbessert

# Die Stalinära war zwar die schlimmste Periode der Geschichte des Kommunismus, aber die Wurzeln liegen tiefer

*Zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft mit Blick auf Marx und Engels*

„Hat es bei euch NUR unter Stalin Opfer gegeben?

Zählen die Opfer vom Volksaufstand im Juni 1953 nichts? Haben die Freiheitskämpfer des ungarischen Volksaufstandes von 1956 diese Ignoranz verdient? Wo bleibt das Gedenken an die Opfer von Mauer und Stacheldraht und an den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen im August 1968?“

Allein diese Fragen eines slowakischen Widerständlers sollten die Namensgebung für die Gründung eines neuen Gesamtverbandes beschleunigen. Andernfalls sind gravierende historische Missverständnisse die Folge.

So ist der spätere ungarische Präsident Janos Kadar bereits 1951 unter Stalin vom KGB „als Spion und Titoist“ verhaftet und im Kerker grausam gefoltert worden. Ihm wurden alle seine Nägel ausgerissen. Trotzdem ließ er mit Chruschtschows Panzern 1956 den Aufstand in Ungarn niederwalzen.

Auch der einstige slowakische KP-Chef Gustav Husak – unter Stalin ebenfalls furchtbar gequält – hat durch den Warschauer Pakt den Prager Frühling ersticken lassen.

Deshalb noch einmal: Kommunistische Gewaltherrschaft ist KEINE Erfindung Stalins. Sie ist bereits von Marx in seinem „Kapital“ vorprogrammiert worden. Unterstützt von Engels forderte er den gewaltsamen Umsturz verbunden mit der Abschaffung des Privateigentums. Dabei nahmen sie die physische Vernichtung ganzer Bevölkerungsschichten (Klassenkampf) in Kauf. Die in der Ersten Internationalen Arbeiterassoziation des Jahres 1864 vertretenen Prinzipien der „Einheit und Brüderlichkeit aller Völker“ wurden von Marx und Engels ausdrücklich verhöhnt. Stattdessen forderten sie die „Vernichtung“ des politischen Gegners.

Im Kommunistischen Manifest des Jahres 1848 kann man die Bekenntnisse zum Terror („Revolution in Permanenz“, kommunistische Gleichschaltung aller Menschen etc.) unmissverständlich nachlesen. Ebenso lässt sich das in zahlreichen Schmähschriften in der Neuen Rheinischen Zeitung, dem Kapital sowie in Briefen nachweisen. Hass, Verachtung anderer, auch Mord, werden ebenfalls bejaht; die Achtung der Menschenrechte, Ehe und Familie abgelehnt.

Als Belege hierfür seien das Marx-Lexikon S. 238 ff. von 1988 (ISBN 3-534-0590-6, „Marx“ S. 129 bis 130 von Werner Blumenberg, Rowohlt Taschenbuch Verlag von November 1988 oder Marx-Engels-Werke 30. S. 257) erwähnt.

In Letzterem wird in einem Brief an Engels einer der Gründerväter der SPD, Ferdinand Lassalle, wegen seiner Ablehnung der von Marx propagierten „proletarischen Revolution“ als „jüdischer Nigger“ und „Itzig“ beschimpft. Der Name der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei gilt beiden als „Sautitel“.

In dem Buch „Der Mythos Marx und seine Macher“ von Konrad Löw des Verlages Langen Müller von 1996 werden die konfuse Ideen jener Hassdenker ebenfalls sorgfältig dokumentiert und analysiert.

Indem Lenin, Trotzki und Stalin die Theorien beider mit Gewalt in die revolutionäre Praxis umsetzten, handelten sie logisch konsequent. Mit den erbrachten Beweisen sind Marx und Engels als Wegbereiter des Archipels Gulag nicht länger zu leugnen.

Dabei war die Stalinära zweifelsohne der grausamste Zeitabschnitt der marxistischen „Diktatur des Proletariats“, sodass nach dem Tode Stalins 1953 Chruschtschow nach auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 die stalinistischen Exzesse beenden musste. So wurden auch zu Beginn der 1960er Jahre noch unter Ulbricht und Honecker im SED-Staat die stalinistischen Verbrechen öffentlich verurteilt. Städte, Straßen, Plätze und sonstige öffentliche Einrichtungen – benannt nach dem Diktator – erhielten ihre alten Namen zurück oder bekamen neue. Die Denkmäler verschwanden ebenfalls. So haben die kommunistischen Machthaber diese unselige Ära bereits zu Grabe getragen [im Westen als *Entstalinisierung* und „*Tauwetter*“ (Roman von Ilja Ehrenburg) bekannt].

Auch von der neuen Linken wird die Ära des Stalinterors von 1934 bis 1956 auf das Schärfste verurteilt, aber die Zeit davor und die danach verharmlost oder totgeschwiegen:

- 9. August 1918: Errichtung von Konzentrationslagern
- 5. September 1918: Dekret „Über den roten Terror“ unter Lenin, Dserschinski und Trotzki
- 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR
- 1956: Volksaufstand in Ungarn
- 1968: Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei.

Hingegen werden die kriminellen Hassdenker Marx und Engels von Gysi, Bisky, Modrow, Lafontaine und Genossen zu makellosen Ikonen verklärt, um mit solcher Geschichtsklitterung die demokratische Meinungsbildung in Deutschland zu manipulieren.

Das dürfen wir nicht zulassen. *Fritz Schüler*

## Isolationshaft in Sonderhaftanstalt Bautzen II begann vor 30 Jahren

*Rudolf-Bahro-Biograf berichtete in einem Vortrag über den Prozess gegen den Regimekritiker*

Mit der Veröffentlichung seiner Kritik am „real existierenden Sozialismus“ erreichte der von der Politik der DDR enttäuschte und zeitweilig auf SED-Kurs befindliche Philosoph Rudolf Bahro mit der Veröffentlichung eines Vorabdrucks seines Buches „Die Alternative ...“ in der Zeitschrift Spiegel weltweit Aufsehen. Dies war am 25. August 1977, am selben Tag wurde Bahro von der Stasi verhaftet. Das von ihm geprägte Wort vom „real existierenden“ Sozialismus, wobei er die ideologisch geformte Diktatur der DDR meinte, wurde fortan auch von SED-Chef Erich Honecker übernommen und zog – ohne dass die Nutzer es überhaupt bedachten – fortan – in den Wortschatz vieler anderer Politiker, nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik – ein. Ein Jahr nach der Festnahme von Rudolf Bahro durch das MfS begann die Haft im „Prominentenknast“ von Bautzen II, in dem auch andere bekannte DDR-Kritiker einsaßen.

Nunmehr berichtete am 9. Juli Dr. Guntolf Herzberg, der sich mit dem Werk und dem Wirken Bahros befasst, in einem Vortrag in der Gedenkstätte von Bautzen über den Protest Rudolf Bahros gegen die DDR wie auch

über den Gerichtsprozess gegen ihn und schilderte die Haft in Bautzen II.

Von besonderer Aktualität erwies sich auch die Auseinandersetzung mit der Rolle Gregor Gysi (Partei Die Linke), da seit einigen Monaten erneut eine teils sehr hitzige Diskussion entbrannt ist, inwieweit Gysi sein Mandat – nicht nur in diesem Fall, sondern auch bei der Verteidigung Robert Havemanns – für eine Zusammenarbeit mit dem MfS missbraucht haben soll. Gysi selbst streitet jede Mitarbeit beim Stasi-Dienst ab, zudem können auch keine klaren gegenteiligen Beweise vorgelegt werden. Aufklärung könnte die Zusammensetzung der durch den Reißwolf geschredderten Aktenseiten bringen. Hierzu ist seit einigen Jahren bekannt, dass ein Verfahren existiert, welches binnen kurzer Zeit zahlreiche Schnipsel erkennt und sie zu den früheren Seiten zusammensetzt. Eine Hoffnung, die sich zugleich für viele andere Stasi-Opfer ergeben könnte, denn große Akten-Bestände, insbesondere der hochrangigen Täter, wurden vor Toresschluss vernichtet. *A. H.*

## **Erfahrungen und Beobachtungen aus vielen Bereichen**

### *Eine ehemalige politische Gefangene der DDR*

„Ein Buch für alle Unterdrückten“ hat die Schriftstellerin Sabine Strohschneider veröffentlicht. Sie selbst hat sich in verschiedenen Schreibpraktika u. a. mit Themen wie der Massentierhaltung, der Behandlung gegen Drogensucht und der menschlichen Extrembelastung auseinandergesetzt.

Dass die Autorin ein hohes Einfühlungsvermögen besitzt und sensibel schreibt, liegt vor allem mit an den eigenen negativen Erfahrungen in der DDR. Sie absolvierte eine Ausbildung als Krankenschwester, begann jedoch danach ein Literaturstudium. Durch Begegnungen mit politischen Gefangenen im SED-Staat wurden ihre Aufmerksamkeit und ihr Widerstand geweckt. Sie wollte die Erfahrungen und Beobachtungen über die Inhaftierten zum Thema der Diplomarbeit machen, was ihr jedoch verboten wurde. Gleichzeitig veröffentlichte sie Gedichte in Zeitschriften und gab einen Lyrikband heraus.

Nachdem sie mehrere Unfälle, deren Ursache nicht wirklich zu klären war, erlitten hatte, stellte sie einen Ausreiseartrag. Sie gab ihre Daten an Amnesty International weiter, worauf sie wegen landesverräterischer Nachrichtenüberbringung inhaftiert wurde. Zwei Jahre Haft musste Sabine Strohschneider verbüßen. Danach kam sie mit Hilfe des Rechtsanwalts Wolfgang Vogel in die Bundesrepublik.

Auch im Westen hatte Sabine Strohschneider nicht das, was andere eine zufrieden glückliche Existenz nennen. Zum einen galt es, die Erlebnisse aus dem SED-Unrechtsstaat zu verarbeiten, zum anderen musste das familiäre Leben gemeistert werden. Die Autorin hat längere Schreibpausen eingelegt und sich zunehmend Zurückhaltung auferlegt, ehe sie sich wieder der eigenen Literatur zuwandte – angesichts der tagtäglichen Verharmlosung und Verklärung der untergegangenen DDR ist dieser Entschluss nachhaltig zu begrüßen. *B. Thonn*

### **Lesetipp: Tanja Kinkels neues Buch**

„Was immer du tun willst, fang damit an“, lautet einer der Grundsätze in dem Buch „Säulen der Ewigkeit“ (erschieden bei Verlag Dromer-Knaur) der talentierten Autorin Tanja Kinkel. Es handelt sich um einen historischen Roman mit Parallelen zur Gegenwart. Man kann die Autorin auch bei Lesungen erleben. Möglicher Termin: 10. Oktober 19.30 Uhr in Berlin (Dorotheenstädtische Buchhandlung, Carl-Schurz-Str. 53). *Tom Haltern*

## **Nachgefragt**

### **VOS wird sich ganz sicher nicht abwimmeln lassen!**

*Sozialverband reagiert nicht auf die Anfragen des Bundesvorstandes*

Unsere Mitglieder werden sich daran erinnern, im Frühjahr berichteten einige Berliner Zeitungen davon, dass beim Sozialverband in Berlin ein früherer Mitarbeiter des MfS für Beratung zuständig ist. Nicht irgendeiner, sondern ein Jurist, der an der stasieigenen Hochschule in Potsdam-Golm sein Examen gemacht hat. Der Fall wirbelte einigen Staub auf, doch dann wurde es merklich still darum.

Wir von der VOS wollten uns damit aber nicht zufrieden geben und haken einige Wochen später noch einmal nach. Auf Wunsch der Berliner Opferverbände baten wir in einem Schreiben um Auskunft, was denn nun aus dem Mitarbeiter geworden ist.

Als auch nach Wochen keine Antwort kam, fragten wir noch einmal nach – und erhielten wiederum keine Antwort. Scheinbar sind die Vertreter der Berliner Opferverbände dem Sozialverband keine Antwort würdig. Wir wissen also nicht, ob jener Jurist noch immer tätig ist und welche Beratung er macht und ob die Möglichkeit besteht, als ein vom MfS-Verfolgter Beratung von einem ehemaligen Täter zu erhalten.

Wir werden mit unseren Fragen aber nicht aufgeben und weiter nachfragen. Vielleicht sind wir ja irgendwann einmal auch dem Sozialverband eine Antwort würdig. *Alex Latotzky*

## **Eine (nach Chile emigrierte) „lebende Legende“ und ehemalige Ministerin**

*Margot Honecker erhält in Nicaragua den Orden „Ruben Dario“ und lässt sich lächelnd feiern*

Der nicaraguanische Außenminister Santos nannte Margot Honecker „eine lebende Legende“, als ihr Präsident Daniel Ortega bei der Feier zum 29. Jahrestag der sandinistischen Revolution in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, am 19. Juli 2008 den Orden für kulturelle Unabhängigkeit „Rubén Darío“ ansteckte. Die 81-jährige Witwe des selbtherrlichen Staatschefs Honecker nahm die Ehrung mit einem Lächeln der Befriedigung, hielt jedoch keine öffentliche Ansprache. Mit der Ordensverleihung wolle man die Verdienste von Margot Honecker bei der Alphabetisierung in Nicaragua würdigen. Ob und in welchem Maße auch andere Leistungen während der Revolution von 1979 bis 1990, Waffen etwa oder Propagandamaterial, gewährt worden seien, kam bei der Feier nicht zur Sprache. Auch die Rolle Margot Honeckers als Bildungsministerin in der DDR (1963 bis 1989), in der sie für die Einführung des Wehrunterrichts, Zwangsadoptionen der Kinder von republikflüchtigen Eltern und starken politischen Einflüssen auf die Erziehung junger Menschen verantwortlich zeichnet, blieb unerwähnt. Es war übrigens seit der Ankunft in Chile im Jahr 1993 der erste öffentliche Auftritt von Frau Honecker.

Ruben Dario, nach dem der Orden benannt ist, wird in Nicaragua, aber auch im spanischsprachigen Ausland als anerkannter Dichter geführt und gilt in Lateinamerika als Gründer der modernen Literatur. Er lebte von 1867 bis 1916. *Tom Haltern*



## Prominente Gäste und ergreifender Redebeitrag von Frau Ludwig

*Die alljährliche Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2008 in Chemnitz findet Beachtung*

Wie jedes Jahr trafen wir uns am 17. Juni in Chemnitz auf dem Kaßberg, um anlässlich des Volksaufstandes von 1953 der verstorbenen Kameradinnen und Kameraden zu gedenken. Unser Bezirksgruppenvorsitzender Holker Thierfeld begrüßte die Teilnehmer, unter ihnen Vertreter von Parteien und Institutionen der Stadt Chemnitz sowie Schüler des Dr.-Wilhelm-André-Gymnasiums.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Frau Barbara Ludwig hielt eine ergreifende Rede, die mit den Worten endete: „Ein Arbeiterstaat, der auf seine Arbeiter schießen lässt, ist eine erbärmliche Erscheinung.“

Die im Anschluss auf tretenden Redner, Herr Gerhard Römer, Herr Dr. Martin Böttger (Außenstellenleiter der BStU-Chemnitz), Herr Jörg Petzold und das verlesene Grußwort von Herrn Detlef Müller, Bundestagsabgeordneter von Chemnitz brachten weitere Beiträge zu den Themen: Ereignisse des 17. Juni 1953, Rehabilitierung und Aufarbeitung der Vergangenheit.

Bereits im Vorfeld der Gedenkveranstaltung fand gemeinsam mit den Schülern eine Führung durch die ehemalige U-Haftanstalt auf dem Kaßberg statt. Die Schüler hatten Gelegenheit, Zeitzeugen zu befragen, die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert waren, ohne zu wissen, ob und wann sie jemals wieder herauskommen. Anneliese Krause, Lenchen Köhler, Sabine Popp, Johannes Kirsch, Rudolf Sehm und Wolfgang Looß sprachen über ihr politisches Schicksal und gaben Sachzeugnisse zur Anschaulichkeit in Umlauf.

Allen Beteiligten sei ganz herzlich für ihre Aufklärungsarbeit gedankt!

*Waltraud Raubold, VOS-Bezirksgruppe  
Chemnitz-Stollberg-Hohenstein-Ernstthal*

## Geschichtsdatum

### Korea-Krieg vor 55 Jahren beendet

☐ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verlief von 1950 bis zum 27. Juli 1953 zwischen den Mächten Sowjetunion und den USA der Kampf um Korea, das bis dahin japanisches Gebiet war. Das Ende des Krieges vollzog sich mit einer ähnlich radikalen Teilung des Landes in einen kommunistischen und einen westlich-demokratisch orientierten Staat wie in Deutschland. Bis heute ist diese Teilung aktuell, wiewohl sich die einstigen Großmächte zurückgezogen haben.

## 17. Juni 2008: Gedenkfeiern in wichtigen Städten der neuen Bundesländer

*VOS gehört in Magdeburg, Zittau und Berlin zu den Initiatoren der Veranstaltungen*

Wie in jedem Jahr ergriff die VOS auch in diesem Juni die Initiative zu den Kranzniederlegungen und Gedenkfeiern für die Demonstranten und die Opfer des Volksaufstandes aus dem Jahre 1953. Nunmehr liegt dieses Ereignis 55 Jahre zurück – also abermals ein „runder“ Jahrestag.

Erfreulich, dass sich nun wieder hochrangige Politiker zu den historisch bewegenden Ereignissen aus der Frühzeit der DDR bekennen und dies durch Reden und durch Blumengebinde oder –kränze bekunden. In Berlin nutzten Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) die Gelegenheit, an den Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Damit wird seitens der SPD – trotz der mit Unmut zur Kenntnis genommenen Tendenzen des Zusammengehens mit Der Linken – wiederum eine Position zu Gunsten der Kommunismusopfer und wider einer erneuten sozialistischen Staatsform vertreten. SPD-Chef Kurt Beck warnte bereits vor dem Gedenktag vor einer Verklärung der untergegangenen SED-Diktatur. Die DDR habe weder Freiheit noch Gleichheit, noch unabhängige Gewerkschaften gekannt. – Dafür jedoch, und dies dürften nicht nur die SED-Opfer bestätigen, ließ sie an der Mauer auf ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger schießen und brachte Menschen, deren Meinung von der staatlichen Ideologie abwichen, hinter Gitter.

In Magdeburg begrüßte der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Johannes Rink als Gäste der Gedenkveranstaltung u. a. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann und die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Beate Bröcker als Vertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg.

In Zittau, wo Kamerad Ewald Kurbiuhn mit gewohnter Zuverlässigkeit für ein Gelingen der Veranstaltung sorgte, durfte man Landrat Bernd Lange und Michael Beleites, Sächsischer Landesbeauftragte für Stasiunterlagen, begrüßen.



Barbara Ludwig, geb. 1962 im damaligen Karl-Marx-Stadt, sei 1994 im Sächsischen Landtag, von 2004 bis 2006 Ministerin in Sachsen, seit 2006 in Chemnitz Oberbürgermeisterin und seit 2007 im SPD-Bundesvorstand  
(Foto aus dem Internet)



Kranzniederlegung und Gedenkfeier in Chemnitz  
(Foto. VOS-Bezirksgruppe)



## Ist die Schamfrist abgelaufen oder geht es nur um die Aufmerksamkeit der Medien

*Sachsen-Anhalts Ministerpräsident simuliert über Koalitionsmöglichkeiten von CDU und Die Linke*

Nein, für die SPD gab es eigentlich nie eine wirkliche Schamfrist in der Zusammenarbeit mit der Linken. Doch jetzt bröckelt auch bei der CDU die Front jener, für die eine Koalition mit den Kindern und Enkeln der SED nicht mehr unvorstellbar erscheint. Realpolitik nennt man das, was Ministerpräsident Wolfgang Böhmer uns da vor wenigen Wochen auftischt.

Die GRÜNEN haben uns das schon einmal vorgeführt, als sie einst einen großen Teil ihrer Gründungsstatuten über Bord warfen, nur um mit der SPD eine bundesweite Koalition einzugehen. Nun versucht es auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer. In einem Interview des Mitteldeutschen Rundfunks würdigte er die Linke (so nennt man sich dort derzeit) als demokratische Partei, mit der grundsätzlich auch Koalitionen möglich sein müssen. Natürlich noch nicht gegenwärtig, fügte er zwar noch beruhigend hinzu, aber doch in einiger Zeit. Dann lobte er auch noch deren vorzügliche Basisarbeit, die er hingegen in seiner eigenen Partei doch so sehr vermisst.

Sind das wirklich nur Gedanken eines älteren Mannes, der sich wieder ins Gespräch bringen will, wie Dietmar Bartsch von der Linken dazu meinte oder steckt nicht doch noch mehr dahinter? Auffallend ist schon, dass der Protest darüber in der CDU nur gering ausfiel. Frank Henkel schloss das für Berlin zwar kategorisch aus, ebenso wie Dieter Althaus für Thüringen, die Bundes-CDU jedoch hüllte sich bisher dazu in Schweigen, was bei der SPD Stoff für hämischen Spott lieferte. Will nun auch die CDU die Nachfolger der Verantwortlichen für 40 Jahre Diktatur in der DDR salonfähig machen? Keimt bei einigen Unionspolitikern etwa das zarte Pflänzchen der Erinnerung an gemeinsame Zeiten als Blockpartei? Doch hoffentlich nicht.

Es bringt nichts, diese Partei bei jeder Gelegenheit zu beschimpfen und als die Verantwortlichen für die Stasi hinzustellen, meinte Wolfgang Böhmer. Das hat 18 Jahre lang niemanden überzeugt, darum müssen wir uns jetzt etwas Intelligenteres einfallen lassen.

Die Linke nicht verantwortlich für die Stasi? Aber Hallo, Herr Böhmer, vielleicht von den jungen Mitgliedern nicht, weil sie damals selbst für das MfS noch zu jung waren, aber hat man etwa keine Alt-Mitarbeiter in den Reihen? Soll ich sie hier vielleicht alle aufzählen? Oder diejenigen, die wegen ihrer hohen Position und Staatstreue erst gar nicht dem MfS beitreten brauchten? Menschen, die ihre Mitbürger bespitzelt und verraten haben, finden wir bei der Linken doch in Fraktionsstärke.

Wir müssen uns auch nicht etwas Intelligenteres einfallen lassen, wie Minister Böhme meint, wir müssen nur laut und deutlich auf das hinweisen, wofür diese Partei seit ihrer Gründung steht und was sie will. So deutlich darauf hinweisen, dass es bis in den letzten Winkel unseres Landes gehört wird. Wo blieb denn der laute Widerspruch, als Lothar Bisky den früheren Staatsratsvorsitzenden Ulbricht als „großen Staatsmann“ bezeichnete, als Oskar Lafontaine die kubanische Diktatur rühmte, Gregor Gysi dem Massenmörder Milosevic huldigte oder Sahra Wagenknecht den Massenmörder Stalin lobte und dessen Regierungszeit im positiven Sinn als weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraum bezeichnet. Das müssen wir in der Bevölkerung klar machen! Ich frage mich, wie deutlich diese Leute denn noch werden müssen, damit auch dem letzten Demokraten bewusst wird, dass es mit dieser

Partei nie eine Koalition geben kann und nie eine demokratische Bundesrepublik?

Statt darüber zu schwadronieren, ob man irgendwann einmal mit ihnen zusammenarbeiten kann, sollten die demokratischen Parteien alle Kräfte dafür nutzen, deren wahren Ziele und Absichten deutlich zu machen. Hier liegt der große Fehler. Seit Jahren müssen wir einen ständigen Abbau der Schamgrenzen registrieren. Kurzfristiges Aufsehen und Empörung erregt doch allenfalls noch, wenn der Kooperationspartner DKP, wie in Niedersachsen, offen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Wiedereinführung der Stasi fordert. Dann wird manchem plötzlich bewusst, was diese Partei eigentlich will. Ansonsten sind die Vertreter der alten Diktatur doch schon lange salonfähig geworden. Man schaue nur einmal in die verschiedenen Talkshows der Fernsehanstalten, wo sie inzwischen ungehindert ihre Vision einer sozialistischen Bundesrepublik vortragen können, moderat natürlich, um nicht zu verschrecken.

Für uns, die wir die Diktatur Stalins, Ulbrichts oder Honeckers im wahrsten Sinne des Wortes am eigenen Leib erfahren *durften*, waren die Christdemokraten neben den Liberalen bisher die Partei, bei der wir immer noch glauben konnten, Verbündete im Kampf gegen die Wiederkehr einer kommunistischen Diktatur zu haben. Die Aussagen von Wolfgang Böhmer sind eher geeignet, nunmehr auch an der CDU Zweifel aufkommen zu lassen. Die Verantwortlichen der Union sind gut beraten, solche Meinungsäußerungen schnellstens öffentlich als das zu kennzeichnen, was sie doch hoffentlich auch nur sind und als was es selbst Dietmar Bartsch von der Linken formulierte. *Alex Latotzky*

## Ehren und Gedenken für Maueropfer in Arnstadt

☒ Anlässlich der Gedenkfeier an den verhängnisvollen Tag des Mauerbaus am 13. August 1961 beschloss das thüringische Arnstadt die Errichtung eines Denkmals, das an die Schrecken der kommunistischen Gewalt im vorigen Jahrhundert erinnern und die Opfer dieses Systems ehren soll.

Die Entscheidung war vor einem Jahr gefallen. Damals entschloss sich der Arnstädter Stadtrat für den Bau dieses Denkmals und bildete eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Parteifractionen, der Kirche und des Opferverbandes VOS. Nachdem das Projekt öffentlich ausgeschrieben war, erhielt der Erfurter Künstler Thorsten Ihlenfeldt den Zuschlag für seinen Entwurf. Ihlenfeldt ist in der Region Arnstadt kein Unbekannter, stammt doch von ihm bereits jenes Denkmal, das auf dem Arnstädter Friedhof zum Gedenken die Vertriebenenopfer Sloweniens erinnern soll.

Nunmehr wird eine interessante künstlerische Variante präsentiert, die aus einem rund vier Meter hohen Denkmal, welches die Form einer geöffneten Mauer hat, besteht. Hinzu gefügt wird aufgebogener Stacheldraht. Dieser soll ein Gleichnis zu Gitterstäben – einem typischen Relikt kommunistischer Herrschaft – darstellen.

Die Kosten liegen bei rund 20 000 Euro. Das Denkmal erhält seinen Platz in der Rosenstraße, in deren Nähe einst die sowjetische Militärkommandantur und die Geheimpolizei ihren Sitz hatten.

*Anm. d. Red.: Die Enthüllung erfolgte nach Red.-Schluss, am 13 August 2008*

# Oberlandesgericht Naumburg entscheidet: Keine Zahlung nach Todesfall und keine weiteren Rechtsmittel möglich

*Wolfgang Stiehl erklärt und kommentiert die Urteile aus der Sicht der Opfer*

Wie bereits in früheren Ausgaben der Fg berichtet, sind seit der Novellierung des Gesetzes über eine Ehrenpension für SED-Opfer seitens der zuständigen Behörden Entscheidungen ergangen, die von den Betroffenen bzw. im Todesfall von deren Hinterbliebenen so nicht akzeptiert werden konnten. Insbesondere blieb unklar, warum Antragsteller, die während der Bearbeitungsfrist verstorben sind, ihren (ohnehin nur kurzen) Zeitraum der Empfangsberechtigung nicht auf den hinterbliebenen Ehepartner vererben konnten.

Um Klarheit (wenn nicht sogar Recht) zu schaffen, wurde dieser und ein weiterer Fall nunmehr dem Oberlandesgericht Naumburg (Sachsen-Anhalt) vorgetragen, das im Juli zwei nicht mehr angreifbare Beschlüsse zu strittigen Fragen der Zahlung der besonderen Zuwendung (Opferpension) gefällt und damit vorausgegangene gegenteilige Entscheidungen der Landgerichte aufgehoben hat.

Hier die Kurzfassung der Fälle:

## 1. Antragsteller vor Zahlungs-Bescheidausfertigung verstorben

Der Antragsteller war vor Erteilung des Bescheides über die Zahlung der Opferpension verstorben, hätte aber bei einer zeitlich früheren Erstellung des Bescheides noch einige Monate Anspruch auf die Zahlung gehabt.

Während das Landgericht unter Aktenzeichen Reh 6095/07 (A) LG Magdeburg die Zahlung für den Zeitraum bis zum Tode des Antragstellers für berechtigt hielt, hob das Oberlandesgericht, auf Antrag des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt, den vorgenannten Beschluss unter seinem Aktenzeichen 1 Ws Reh 140/08 OLG Naumburg auf. **Schlusszeile der Begründung: Gegen diesen Beschluss gibt es kein weiteres Rechtsmittel**

Ausgefertigt am 11.07.2008

## 2. Haftzeit lt. StrRehaG für sechs angefangene Monate bestätigt, aber tatsächlich weniger Kalendertage als 6 volle Monate verbüßt

Der Antragsteller berief sich auf die im StrRehaG-Bescheid bestätigten 6 Kalendermonate und forderte deshalb die Zahlung der Opferpension, obwohl die Anzahl der Hafttage keine vollen 6 Monate ergab. Das Argument lautete, es könne innerhalb eines Gesetzes (StrRehaG) keine zwei Bemessungsgrundlagen geben.

Während das Landgericht unter Aktenzeichen 22 Reh (B) LG Halle dem Antragsteller in seiner Argumentation folgte, hob das Oberlandesgericht, auf Antrag des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt, den vorgenannten Beschluss unter seinem Aktenzeichen 1 Ws Reh 179/08 OLG Naumburg auf und unterstrich dies damit, dass im (StrRehaG)-Text tatsächlich schon verschiedene Bemessungsgrundlagen bestehen und demzufolge die jeweils zutreffende für die EINMALZAHLUNG bzw. für die WIEDERKEHRENDE ZAHLUNG anzuwenden sind.

**Auch hier die Schlusszeile der Begründung: Gegen diesen Beschluss gibt es kein weiteres Rechtsmittel**

## Fazit:

**Das Oberlandesgericht steht im Gerichtsaufbau über den Landgerichten und unter dem Bundesgerichtshof.**

Nach den uns vorliegenden Auslegungen der Fälle (Auskunft Landesverwaltungsamt), ist auch kein OLG eines anderen Bundeslandes in der Lage, die vorliegenden Beschlüsse für seinen Zuständigkeitsbereich zu ändern. Blicke also nur der Weg zu den Bundesinstanzen und der ist bekanntlich langwierig.

Näher liegend sollte hier dann – mindestens parallel – der Weg über den ohnehin anstehenden Novellierungsbedarf des Gesetzes sein.

Im ersten Fall wäre ein Gegenargument zur Gerichtsauffassung, dass dem verstorbenen Antragsteller der Lebenszeitanspruch für die Beisetzungsaufwendungen zustehen sollte.

Im zweiten Fall ist der Ausschlag der Haftdauer für eine Anspruchsberechtigung schlechthin in Frage zu stellen.

*Wolfgang Stiehl*

---

## Die einen erkennt man an, die anderen lässt man gewähren..

*Wieso ist die evangelische Kirche nur auf rechten und nicht linken Extremismus fixiert?*

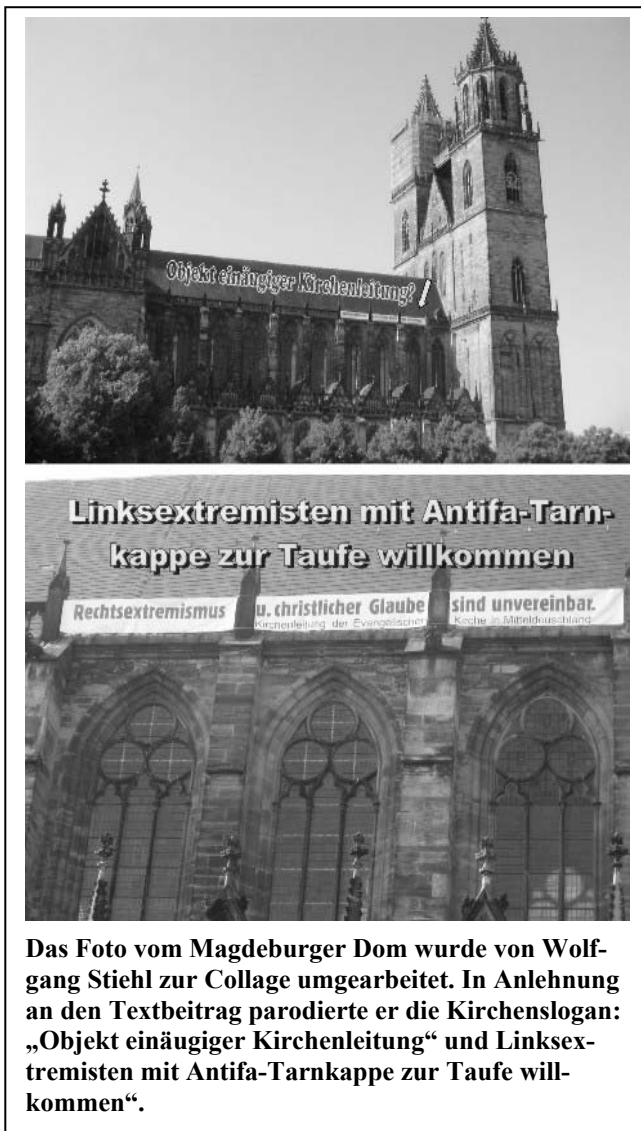
Mit dem Plakattext „Rechtsextremismus und christlicher Glaube sind unvereinbar“ ließ die „Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland“ den altherwürdigen Magdeburger Dom kurzerhand, wie wir meinen, zur tendenziellen Plakatwand herabwürdigen.

Opfer der Christenverfolgung im gesamten kommunistischen Machtbereich müssen sich von dieser, einseitig auf den rechten Extremismus bezogenen, ansonsten jedoch vollinhaltlich berechtigten Distanzierung - neben den anderen Opfern der kommunistischen Machthaber - besonders verhöhnt vorkommen. Wolfgang Stiehl fragt deshalb: Weshalb schreibt man nicht richtigerweise „Rechts- und Linksextremismus“?

Angesichts des kürzlich in den Medien bekannt gegebenen Verlangens von vielen „Gläubigen“ in der Ex-

Sowjetunion, den, wie wir meinen, höchst verbrecherischen Diktator STALIN heilig zu sprechen, wundert uns allerdings das Verhalten der Kirchenleitung nicht mehr so sehr. Und die bisher immer noch ausbleibende Stellungnahme bzw. Auseinandersetzung mit der spektakulären Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz, die sich gerade in diesen Tagen zum 32. Mal jährt und an der außer der Kirche auch viele Politiker gern vorbeischaun, bestätigt die vorstehend getroffene Aussage deutlich genug. Sie lässt zugleich die Frage laut werden: Hatte sich die Kirche möglicherweise in der untergegangenen DDR zu gut eingerichtet oder gar noch an den Machenschaften des Staates beteiligt oder wenigstens diese einfach nur nicht zur Kenntnis nehmen wollen?

Wir brauchen uns doch nicht zu wundern, wenn die nachwachsende Generation die ältere der beiden sozialistischen Diktaturen, die in einem Teil Deutschlands, nach dem von Nazi-Deutschland angezettelten und verlorenen 2. Weltkrieg fast 45 Jahre lang herrschte, bestenfalls als „schief gelaufene“, „leider bankrott gegangene“, „bessere Gesellschaftsordnung“ wahrnimmt. Unsere politischen Parteien - und nun auch noch die Kirche - tun doch alles (und wie wir meinen, einmal mehr zuviel, um den im durchaus berechtigten und als wichtig zu erachtenden „Kampf gegen Rechts“ mit eingebundenen „PARTNER“ SED-PDS-LINKE nicht zu verprellen. Da wird die LINKE schnell mal als „demokratische Partei“ wahrgenommen, nur weil sie in demokratischen Wahlen Mandate erringt (auch die NPD erringt Mandate und wird deshalb von den Demokraten längst nicht als demokratische Partei wahrgenommen). Da werden auch schnell mal mehr als 250.000 Opfer dieser Gewaltherrschaft ebenso ignoriert wie über 3 Millionen Menschen, denen es vor dem 13. August 1961 noch rechtzeitig gelang, unter Zurücklassung aller Habe und sozialen Bindungen in die Freiheit zu fliehen.



Wenn man den gesamten Text des „Wortes an die Gemeinden“ vom 29. April 2008 aufmerksam liest, findet man kein Wort darüber, wie die SED-Täter heute ihre Opfer verhöhnen, sich damit brüsten, dass sie doch schuldlos, weil nicht angeklagt und verurteilt, seien und ihre verbrecherischen Handlungsweisen durch Gesetze

und Anweisungen abgedeckt waren und sie sich daher bis heute selbst als Beauftragte eines Rechtsstaates legitimieren.

Sich von Rechtsextremen zu distanzieren ist gutes Recht und Pflicht aller Demokraten. Dabei jedoch den Linksextremismus und seine Verbrechen auszuklammern ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Quasi-Aufforderung zum Vergessen dieser Verbrechen und "zur gefälligen Wiederholung" derselben.

Stasi-Opfer Dr. Wolfgang Welsch formulierte diese unzulässige Verniedlichung der realsozialistischen Verbrechen unlängst wie folgt:

„Der überdimensionale Schrecken des Nationalsozialismus hat in Deutschland zu einer unverdient milden Beurteilung des SED-Staates geführt. Weil die zweite deutsche Diktatur keinen Genozid begangen und keinen Weltkrieg angefangen hat, waren die Vollstrecker nicht automatisch besser als ihre Kollegen von der Gestapo. Die Bundesregierung hätte deutlich machen müssen, dass das MfS eine verbrecherische Organisation war. Funktionsträger der organisierten Kriminalität haben keinen Anspruch auf Rente. Die Opfer dagegen auf einen lebenslangen finanziellen Ausgleich für Leid, Schmerz und zerbrochene Lebensläufe.“

Die Beschränkung des Kampfes gegen potenzielle Diktaturen auf den Rechtsextremismus fördert in nicht unerheblichem Maße die Wiederholung einer linksextremen Diktatur. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts verzeichnet aber zwei äußerst unterschiedliche Diktaturen, die gleichwohl beide in höchstem Maß antidemokratisch und menschenverachtend handelten. Beide „sozialistische“ Diktaturen forderten annähernd gleich viele Opfer in unterschiedlichen Zeiträumen. Beide waren furchtbar und dürfen sich nicht wiederholen. Deshalb heißt unsere Forderung: Rechts- und Linksextremismus muss gleichermaßen beobachtet und bekämpft werden - auch wenn bisher erst der Rechtsextremismus eine Ächtung erfahren hat.

Anzumerken bleibt, dass uns die baltischen Staaten (ehemals zur Sowjetunion gehörend) bezüglich der Konsequenz gegen extremistische Parteien einiges voraus haben. In Litauen beispielsweise sind nicht nur Symbole und Flaggen aus der Nazi-Zeit verboten, sondern dort stellte man inzwischen auch die Zurschaustellung und Verherrlichung sozialistischer Relikte unter Strafe. Sicherlich würde es dort niemand wagen, Duschgels oder Zahnpasten mit dem Namen hoher Funktionäre auf den Markt zu bringen und zu erklären, es handle sich um einen Werbe-Gag.

In diesen Ländern, die ebenfalls die Erfahrung beider Diktaturen machten, wird die Nazi-Herrschaft aufs Schärfste verurteilt. Doch man ist sich im Klaren, dass der Kommunismus viereinhalb Jahrzehnte wütete, also zeitlich weitaus länger, und dass er für die Nationen katastrophale Folgen hatte.

Dennoch reagiert man vorsichtig auf die Frage, welche der beiden Diktaturen – die der NS-Zeit und die der kommunistischen Sowjetunion – von den Menschen im Lande als schlimmer empfunden wird. So erklärte das estnische Staatsoberhaupt sinngemäß, man könne die Gewohnheiten von Kannibalen schwerlich vergleichen.

Kann man also sagen, die eine politisch extreme Strömung sei schlimmer und demokratiegefährdender als die andere?

*Wolfgang Stiehl*

## Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft ist selbstverständlich

*In Litauen geht man bei der Aufarbeitung und dem Gedenken den direkten Weg der Wahrheit*

Wenn in Europa von den untergegangenen kommunistischen Diktaturen und den schweren Schicksalen vieler einzelner Menschen, aber auch ganzer Völker gesprochen wird, so schauen wir Deutschen fast ausschließlich auf uns selbst, bestenfalls noch auf die direkten Nachbarländer Polen, Tschechien, Slowakei, vielleicht auch Ungarn, das bei der Befreiung Ost- und Mitteleuropas vom Kommunismus keine unwesentliche Rolle gespielt hat. Weniger Beachtung schenken wir hingegen den Völkern der drei kleinen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die während des Zweiten Weltkriegs zunächst von den Sowjets, danach von den Deutschen und zum Ende des Krieges erneut von den Sowjets überfallen und dem riesigen Reich mit Herzschlag in Moskau einverleibt wurden. Jedes dieser drei Länder hat sein eigenes spezielles Schicksal, zugleich jedoch scheinen deren Zukunft und Vergangenheit untrennbar miteinander verbunden. – Dies betrifft vor allem die Aufarbeitung der erlebten Diktaturen und die Befürchtungen, eines Tages erneut eine unfreiwillige Konfrontation mit dem übermächtigen Nachbarn Russland erleben zu müssen. Nach wie vor gibt der Kreml nämlich wenig verhalten zu erkennen, dass er seine Ansprüche auf das Territorium um Tallinn, Riga und Vilnius keineswegs als fremdstaatliches anerkennt. Soll heißen, irgendwann möchte Moskau seine Hand ausstrecken und sich zurückholen, was es für sein Eigen hält. Unterstützt wird diese Argumentation durch die dauerhafte Besetzung der Exklave Königsberg – Tilsit – Insterburg – Gumbinnen. Hier hatte sich Stalin zum Ende des Zweiten Weltkrieges einen komfortablen Militärstützpunkt gesichert, indem er sich und seiner Sowjetunion urdeutsches Land aneignete.

Im Angesicht dieser (un)heimlichen Absichten suchen die drei baltischen Länder die direkte Anbindung an Europa, an den Westen, auch an die Nato, der sie vor vier Jahren – trotz offenkundigen Putin'schen Murrens – beigetreten sind. Ebenso wird alles getan, um die noch in den Ländern lebenden Russen auszusiedeln bzw. diese mit weniger Rechten auszustatten. Sehr deutlich weisen Museen, Gedenkstätten und Erinnerungstafeln an die Gewaltherrschaft des Kommunismus hin. So hat Litauen den Grutas-Park eingerichtet und in Vilnius befindet sich im einstigen KGB-Gebäude eine Erinnerungsstätte, die in vielem an jene ehemaligen Haftanstalten erinnert, wie wir sie in den ehemaligen Bezirkshauptstädten der DDR oft genug (von innen) erleben mussten. Durch Städtepartnerschaften, die vor allem mit deutschen Kommunen geschlossen wurden, erfuhren die öffentlichen Verwaltungen und die Wirtschaft der Länder Entwicklungen, die sie alsbald auf westeuropäisches Niveau bringen werden.

Sogenannter Musterschüler ist dabei Litauen, dessen Wirtschaft erfreulich boomt. Hier weiß man die Unterstützung zu schätzen, die von Seiten der bundesdeutschen Kommunen geleistet wird. Das Land hat, da ein Teil seines Territoriums ehemals deutsch (Ostpreußen) war und das frühere Memelland bis zur Vertreibung durch die Sowjets die Deutschen einen Großteil der Bevölkerung stellten, eine besondere Bindung an die Bundesrepublik. Kommen doch immer noch Vertriebene, um ihre alte Heimat zu sehen bzw. interessieren sich

die nachfolgenden Generationen für die Wurzeln ihrer Familien. Zwischen Litauern und Deutschen herrscht dabei ein gutes Einvernehmen. Deutsche Touristen sind ebenso gern gesehen wie Wirtschaftspartner oder Leute mit Ambitionen, sich hier niederzulassen. Davon abgesehen machen sich immer mehr Jugendliche auf, um in den westeuropäischen Ländern Neues kennenzulernen und sich hier vielleicht anzusiedeln.

Eine sehr intensive Partnerschaft wird beispielsweise zwischen der kleinen litauischen Stadt Rietavas und der westfälischen Gemeinde Saerbeck gepflegt. Mehrmals im Jahr reisen Delegationen hin und her, sodass es zu freundschaftlichen Treffen auf sehr breiter Ebene kommt. Im Frühjahr dieses Jahres schickte die Saerbecker Feuerwehr ein nicht mehr benötigtes Einsatzfahrzeug nach Litauen. Der Transport wurde genutzt, um auch andere Güter und Materialien nach Litauen zu schaffen. So werden immer noch Hilfsgüter aller Art benötigt, aber auch Utensilien für gemeinsame kulturelle Veranstaltungen wie eine Druckpresse des Grafikers Andreas Gorke oder die Ausstattung für ein gemeinsames großes Schützenfest.

Den Hauptanteil am Transport hatten jedoch die Exponate der Ausstellung über den evangelischen Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 aus Verzweiflung über seine eigene Machtlosigkeit im Kampf gegen die kommunistische Ideologisierung in der DDR öffentlich verbrannte. Für die Litauer ein hoch brisantes Ereignis, denn auch in der damaligen Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen gab es eine öffentliche Selbstverbrennung, von der jedoch niemand erfuhr, da die kommunistischen Organe dieses Ereignis totschwiegen.

Interessanterweise gibt es einen weiteren Bezugspunkt des baltischen Landes zu Oskar Brüsewitz: Dieser wurde 1929 in Willkischken geboren. Selbiger Ort liegt nur eine Autostunde von Rietavas entfernt, und man muss festhalten, dass die Verwaltung von Rietavas bisher alles getan hat, um die Recherchen, die Fg-Redakteur Alexander Richter für ein zweites Buch über Oskar Brüsewitz anstellt zu unterstützen. (Bisher erschienen: Das Unfassbare – Ideale und Konsequenzen im Leben und Sterben des Oskar Brüsewitz, ISBN 978-932805-57-8, 14,90 €) So wird ihm jeweils ein Fahrzeug mit Chauffeur und Dolmetscher bereitgestellt, um an authentischen Stätten Gespräche zu führen und Fragen zu stellen.

Übrigens war man auch in Rietavas nicht untätig, als es darum ging, an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu erinnern. Am Museum des litauischen Fürsten Oginskiai, der hier einst lebte und die kleine Gemeinde sehr früh mit Strom und telegrafischen Verbindungsmöglichkeiten versorgte, befindet sich eine Erinnerungstafel an die Untaten des NKWD. Für die Litauer ist es allerdings eine Selbstverständlichkeit, diesen geschichtlich relevanten öffentlichen Hinweis auf die kommunistischen Verbrechen zu präsentieren. Eine Verhaltensweise, an der man sich in Deutschland ein Beispiel nehmen sollte, denn hier wird gefeilscht und geblockt, wenn es um eine derart direkte Aufarbeitung geht.

*Tom Haltern*

**Berichte und Fotos der Ausstellungseröffnung über Oskar Brüsewitz, an der auch Arnold Vaatz teilnahm, nächste Seite.**

## Viele Menschen sollen kommen und sich in der Ausstellung über die Schrecken der kommunistischen Diktatur und die mutigen Widerständler informieren

*Alexander Richter eröffnet gemeinsam mit Arnold Vaatz die Brüsewitz-Ausstellung in Litauen*

Seit nunmehr genau drei Jahren ist die Bildtafel-Ausstellung über den evangelischen Pfarrer Oskar Brüsewitz das geworden, was man eine Wanderausstellung nennt. Nachdem sie der Fg-Redakteur Alexander Richter vom Bodensee in seine Büro- und Präsentationsräume ins westfälische Saerbeck geholt, sie auf eigene Kosten aufpoliert und durch persönliche Dokumente ergänzt hat, war sie vor Ort etwa ein halbes Jahr zu sehen und zog in dieser Zeit rund 1.000 Besucher, darunter Arbeitsminister Karl-Josef Laumann, an. Im Jahr danach wurde die Ausstellung ins niedersächsische Melle gebracht und nach sorgfältigem Aufbau in der dortigen Alten Posthalterei für mehrere Wochen einem ebenfalls breiten Publikum zugänglich gemacht. Hier weilte zur Eröffnung u. a. der Landesbeauftragte für die MfS-Unterlagen Sachsen-Anhalts, Gerhard Ruden. Im vorigen Jahr nun nahm die Ausstellung ihren Weg nach Lübbenau-Zerkwitz, wo sie Pfarrer Michael Oelmann mit persönlichem Engagement der Öffentlichkeit präsentierte.



Tafel in Rietavas zum Gedenken an die Deportierten und Getöteten des sowjetischen KKWD



Die Hauptredner wurden nach der Eröffnung mit Blumen und Präsenten geehrt. V. l. n. r.: Fg-Redakteur Richter, Arnold Vaatz, Frau Berg, Dr. Jeringas (Fotos: A. Richter)

In diesem Jahr traten die Tafeln erstmalig den Weg über Deutschlands Grenzen hinaus an. Mit Unterstützung der Gemeinde Saerbeck wurde ein Transport organisiert, in den das wesentliche Ausstellungsmaterial einbezogen wurde. Das Ziel lautete: Rietavas in Litauen. Nachdem die Aufbauarbeiten vor Ort erledigt waren, konnte am 3. Juli die Eröffnung stattfinden. Anwesend waren der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag Arnold Vaatz, der auf Einladung Alexander Richters eigens aus Deutschland angereist war, der Abgeordnete des litauischen Sejm Dr. Jonas Jeringas und Frau Berg als Kulturattache von der deutschen Botschaft in Litauen. Etwa achtzig Menschen füllten die Räume während der Eröffnung, die von den Grußworten der Ehrengäste bestimmt war. Arnold Vaatz, der über außerordentliche geschichtliche Kenntnisse und Erinnerungen zur sozialistischen Diktatur verfügt, erklärte den Anwesenden sehr nachhaltig die politische Situation im geteilten Deutschland nach dem Krieg und in den folgenden Jahrzehnten. Sein Anliegen als Bundespolitiker geht dahin, die Verhältnisse in der Zeit der Teilung und der Besetzung eines großen Teils von Europa durch die kommunistischen Diktaturen unter der Führung Moskaus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Dies sei umso wichtiger, da wir uns mitten im Kurs auf ein gemeinsames Europa befänden.

Der litauische Sejm-Abgeordnete und die Vertreterin der deutschen Botschaft wiesen ebenfalls auf die Wichtigkeit der gemeinsamen europäischen Entwicklung hin.

Alexander Richter, der die Veranstaltung gut organisiert hatte, erwies sich auch als gut vorbereitet in seiner abschließenden Rede. Da er seit Langem zum Thema Oskar Brüsewitz recherchiert und dabei dem Teil des Lebenslaufes, der vor der Übernahme der Pfarrstelle in Rippicha liegt, große Aufmerksamkeit zuwandte, konnte er mit zahlreichen Details zu den Ursachen der Selbstverbrennung aufwarten. Ebenso ging Richter detailliert auf die politischen Verhältnisse in der DDR ein. Viele Repressalien der kommunistischen Diktatur seien gleichsam in der DDR und Litauen zu finden gewesen, politische Gefangene gab es hier wie dort. Zudem habe es der Lauf der Geschichte so gewollt, dass Oskar Brüsewitz nicht weit von Rietavas geboren sei. Da das Memelland als Heimat von Brüsewitz schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu Litauen gehört habe, sei Brüsewitz vermutlich auch einige Jahre litauischer Staatsbürger gewesen. Natürlich mahnte auch Richter, dass die mutige Tat des Pfarrers Brüsewitz nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Sie sei Mahnung und Konsequenz in einem. Er wünsche sich sehr, dass viele Menschen, vor allem Schulklassen, kämen und sich informierten.

Zum Schluss seiner Rede wies Richter darauf hin, dass sich Oskar Brüsewitz bei aller Tragik, die seiner Selbstverbrennung innewohne, sich dieses unvorstellbare Schicksal der öffentlichen Verbrennung selbst gewählt habe. Sein Ziel sei es folglich gewesen, den Menschen zu helfen, die Verhältnisse zu bessern. Insofern sei es besonders wichtig, das Gedenken an ihn und die Gräueltat der Diktatur hochzuhalten, dennoch bleibe es nun Aufgabe, nach vorn zu schauen und für alle Menschen eine humanistische Gesellschaft aufzubauen.

Bereits in Vorbereitung der Eröffnungsveranstaltung waren die Texttafeln in die litauische Sprache übersetzt worden.

*Dr. Alwin Haug*

## Vom Fremdenlegionär Zum Fluchthelfer

### Ein außergewöhnliches Nachkriegsschicksal

Das vorige Jahrhundert ist reich an Schicksalen und Lebensläufen, die es in der geschehenen Härte, der Verstrickung und Dramatik mit diesen Hintergründen und Zielen sicherlich nicht wieder geben wird. Was die Zeit nach 1945 angeht, sind fast alle außergewöhnlichen Lebensläufe durch den Zweiten Weltkrieg bestimmt worden. Das Unrecht, das durch Nazi-Deutschland mit dem Überfall auf einen Großteil der Welt begangen wurde, wurde in nicht minder drastischer Art, allerdings in (geografisch gesehener) entgegengesetzter Richtung neu aufgelegt. Stalin ließ seine Rote Armee über Osteuropa hinwegfegen und machte nahezu alle Deutschen aus ihren Heimatgebieten fliehen – sofern er ihnen nicht vorher auf kompromisslose Weise den Garaus hatte machen lassen.

Aus dieser Zeit und diesen geschichtlichen Hintergründen ergibt sich auch das Schicksal jenes Mannes, der das Buch „Nur der Tod kann dich befreien ...“ verfasste, das im Grazer Ares Verlag erschienen ist. 1937 geboren, lernt der Werner Bäcker noch als Kind die Schrecken des Krieges kennen und flieht mit seiner Familie im Winter 1945 vor der Roten Armee. Er flieht so weit und so lange, bis er schließlich in der französischen Fremdenlegion, einer militärischen Einheit, die wegen ihres bedingungslosen Drills und der Fragwürdigkeit ihrer Einsätze, bis heute äußerst umstritten, wenn nicht gar verurteilt ist.



Bäcker schließt sich der Fremdenlegion freiwillig an, dies geschieht 1959, er ist etwas mehr als zwanzig Jahre. Er gerät in die Elite-Einheit der Fallschirmjäger, und er erlebt dort, in Algerien, das, worüber fast alle, die auch dort waren, am liebsten schweigen: wenig Gutes.

Nach der Auflösung der Fremdenlegion durch Präsident de Gaulle wird Bäcker

nach Korsika versetzt, von dort setzt er sich nach Deutschland ab. Er ist nun ein abgehärteter, erfahrener Mann, der sich im weiteren Leben nicht vor neuen Abenteuern und Risiken scheut, zumal er dabei etwas für die Menschenrechte, aber auch für seinen Geldbeutel tun kann: Er wird Fluchthelfer, indem er ausreisewillige Menschen aus der DDR über verschiedene Wege in den Westen schleust. Dass er bei dieser Tätigkeit irgendwann in das Visier der Stasi gerät, ist erfahrungsgemäß unvermeidlich, denn Bäcker belässt es nicht bei einer Aktion. Er wird schließlich in Bulgarien auf frischer Tat gestellt und nach einem Aufenthalt im Gefängnis von Sofia in das Stasi-Untersuchungsgefängnis in der Berliner Normanenstraße ausgeliefert. Von dort führt sein weiterer Weg nach der Verurteilung in die Sonderhaftanstalt Bautzen II. Erst nach insgesamt sechseinhalb Jahren, dies ist um 1970, gelingt es der Bundesregierung, Werner Bäcker freizukaufen.

Das Buch, das den Untertitel „Mein Leben als Fremdenlegionär und Fluchthelfer“ trägt, spiegelt das außergewöhnliche Schicksal eines inzwischen Siebzigjährigen. *B. Thonn*

ISBN 978-3-902475-54-1, 19,90 Euro, 1. Aufl. 05.2008

## Die tägliche Ration Asbest

### Bausoldaten in der „Nationalen Volksarmee“

Über das Thema Bausoldaten erfuhr der Normalbürger der DDR nur wenig. Aufgrund der Initiative des Theologieprofessors, Quäkers und Pazifisten Emil Fuchs, Vater des 1949/50 enttarnten sowjetischen Atomspion Klaus Fuchs, und der beiden großen Kirchen wurde im September 1964 vom sogenannten Nationalen Verteidigungsrat der DDR die Möglichkeit geschaffen, dass als Sonderform des Wehrdienstes in der NVA Bausoldaten-Einheiten entstehen konnten, in der uniformierte Wehrpflichtige ohne Waffen ihren Dienst verrichteten. Die Dienstzeit betrug 18 Monate. Als Erkennungsmerkmal der Waffenverweigerer galt ein Spaten als Symbol auf den Schulterklappen der NVA-Uniform.

Viele der insgesamt einberufenen rund 15.000 Bausoldaten stellten Ausreisanträge, da sie mit Schikanen in ihrer beruflichen Laufbahn rechnen mussten.

Lucas Ackermann, ehemaliger Maschinenschlosser aus Hennigsdorf und Blues-Musiker in Berlin, Bruder eines 1981 ausgewiesenen Häftlings (7 ½ Haft nach mehreren Republikflucht-Versuchen) wurde 1987 als 26-Jähriger als Bausoldat nach Merseburg einberufen. Mit einem zeitlichen Abstand von fast 20 Jahren hat er jetzt zur Feder gegriffen und schilderte seine bewegte Dienstzeit in dem maroden Industriedenkmal Leuna, sein tristes Kasernenleben in Merseburg, die Schikanen bössartiger Vorgesetzter aus dem militärischen und auch aus dem zivilen Bereich.

Lucas Ackermann und seine Kameraden wurden einer Isoliermannschaft in Leuna zugeteilt und verkleideten nicht mit einem Dämmstoff versehene Rohre mit der offenbar stark asbesthaltigen Isolierwolle Kamelit. Über die damals schon bekannte Gesundheitsgefährdung wurden die Bausoldaten nicht aufgeklärt. Als sie schließlich doch davon erfuhren und Mundschutzmasken forderten, erhielten sie nur bessere Papierfilter und keine geschlossenen Masken. „So wurde also niemand um seine tägliche Asbestration betrogen.“ Dieses Verhalten war „typisch für den verlogenen ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘“. Als er innerhalb seiner Einheit eine Bluesband gründen wollte, erhielt er unerwartet Unterstützung durch seinen Kulturoffizier, Oberleutnant Salzen, der es ermöglichte, dass die Bausoldaten an zwei Tagen in der Woche nach Feierabend einen Kasernenproberaum dafür nutzen konnten. Die Gründung der Bausoldaten-Bluesband war ein voller Erfolg und half, das triste und ungeliebte Kasernenleben leichter zu ertragen. Aufgrund einer ständig sich verschlimmernden Fußpilzkrankung, die weder im Med.-Punkt der Kaserne noch in Merseburg optimal behandelt werden konnte, musste der Bausoldat Ackermann schließlich in das angesehene Zivilkrankenhaus „Klinikum an der Saale“ nach Halle-Kröllwitz eingewiesen werden. Hier begegnete er in Nina der Liebe seines damaligen Lebens, die leider durch eine fortgeschrittene Krebserkrankung seiner Angebeteten tragisch endete.

Diese Liebe ohne Hoffnung bedrückte Lucas Ackermann so sehr, dass er nach dem Tod von Nina ihr zu Ehren in einer Studentenkneipe in Halle ein Blueskonzert veranstaltete, das er mit den Mitgliedern seines Trios – Larry und Gerdi – einleitete und nach zusätzlichem Einstieg der Berufsmusiker Angelika und Mario zu einer wahren Krönung führte.

Der Bericht von Lucas Ackermann ist spannend und einfühlsam geschrieben. Auch der Humor kommt nicht zu kurz. Er ist unbedingt lesenswert. *Dr. Heinrich Schneider*

**Lucas Ackermann: Bausoldaten-Blues. Erinnerungen eines Waffenverweigerers in der DDR.** ISBN 978-3-937719-75-7



## **Stigmatisiert und misshandelt, ohne etwas dafür zu können**

*Die ARD berichtete über Menschen, die in den Konzentrationslagern der Sowjets geboren wurden und von denen die wenigsten etwas wussten. Zu ihnen gehört auch Alex Latotzky*

---

Menschen, die im KZ geboren sind – gibt es sie wirklich?

Wenn man diese Frage beantworten will, sollte man besser nicht in den Akten der von den Nazis betriebenen Konzentrationslager nachblättern. Egal, dass der Großteil der Mitbürger dies zunächst tun würde, um dann möglicherweise auf einen Fall wie den des Jungen in jenem Film „Nackt unter Wölfen“ zu stoßen. Nein, auch in den KZ, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges von der Siegermacht Sowjetunion betrieben wurden, gab es Kinder. Sie wurden geboren in den Frauenabteilungen, in jener Zeit, als die Sowjets dort waren und zahlreiche Menschen inhaftiert hielten. Dort kam es immer wieder zu intimen Kontakten zwischen Wacheleuten und inhaftierten Frauen, oder es wurden Frauen eingeliefert, die bereits schwanger waren und die Kinder in der Haftanstalt gebären.

Die Schicksale, die sich daraus ergaben waren grausam und verzwickelt. Sowohl für die Mütter, manchmal auch für die Väter, besonders jedoch für die Kinder, die in die Welt der Haftanstalten hineingeboren wurden und nach unschuldigen Jahren in der Haft in das Leben außerhalb der Gefängnismauern gestoßen wurden.

Der Fernsehbericht, der am 3. August über diese bisher von der Öffentlichkeit wenig beachtete Gruppe von Diskriminierten ausgestrahlt wurde, verdeutlichte noch einmal, welche Schreckensseite das kommunistische Sowjet-Regime – und nachfolgend die DDR-Kommunisten – an den Tag legten. An Hand mehrerer konkreter Fälle wurde dargestellt, wie es zur Geburt der Kinder kam, wer die Väter waren und welche Schicksale die Mütter ereilten. Unter den Betroffenen war auch VOS-Vorstandsmitglied Alex Latotzky, dessen Internetseite bereits zu seiner eigenen Herkunft und über sein späteres Leben Auskunft gibt. Latotzkys Mutter verliebte sich in der Haft in einen jungen Soldaten aus der sowjetischen Wachmannschaft. Dieser war Anfang des Krieges von den Deutschen gefangengenommen worden und hatte Zwangsarbeit zu verrichten. Nach Stalins Gesetzen wäre er eigentlich deportiert worden, doch man zog ihn zur Armee ein und machte ihn im KZ zum Wachsoldaten. Als das Verhältnis und die Schwangerschaft von Latotzkys Mutter bekannt wur-

den, musste er Deutschland verlassen. Erst nach Jahrzehnten gelang es Sohn Alex die Adresse herauszufinden und den Vater zu sehen.

Alex selbst wurde nach seiner Geburt durch verschiedene Haftanstalten geschickt, bis er als Kind im Vorschulalter in ein Kinderheim kam. Hatte der Junge Alex in seinem Leben bis dahin nicht viel Zuwendung erfahren, so wurde er im Kinderheim nicht viel besser behandelt. Fluchtversuch, erzieherisch verordnete Prügel und sozialistische Ideologie waren die Rahmenbedingungen seines Lebens. Erst als die Mutter Jahre später aus der Haft entlassen wurde, holte sie ihn zu sich nach Westberlin, doch als er 18 Jahre zählte, starb sie bereits. Die Wege der hier vorgestellten Menschen sind alles andere als normal. Man merkt den Einzelnen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, das erlittene Leid an. Es mündet in ziviler Härte oder gezähmten Trotz. Und es wird dann von der Solidarität des Zuschauers begleitet, wenn es darum geht, die Wahrheit eines solchen Lebensbeginns nicht erzählen zu dürfen oder wenn es von anderen als unwahr, unglaublich hingestellt wird. Alex Latotzky hat sich sehr bemüht, die Betroffenen zu finden, sie bei gemeinsamen Treffen zuzusammenzuführen und damit auch allen eine hörbarere Stimme zu geben. Aber nicht alle, bei denen er anfragte, haben geantwortet. Oder es gab einfach eine Absage: kein Interesse.

Vielleicht will nicht jeder daran erinnert werden, was man ihm oder ihr einst antat. Es ist durchaus vorstellbar, dass man die Erinnerung, den Schmerz und die erlittenen Demütigungen lieber unter Verschluss halten will – sich selbst und anderen gegenüber – und dass man auf diese Weise besser und bequemer überlebt. Ob man es wirklich schafft, bleibt allerdings fraglich.

Keinesfalls jedoch sollte man meine, diese Herkunft, die Geburt hinter Gefängnismauern, sei Makel oder eine Degradierung der Person. Ganz im Gegenteil, diesen Menschen, die sich nach langen, sicher nicht einfachen Jahren mittlerweile so mutig ins Leben gestellt haben und nun auch als Zeitzeugen einer grausamen Geschichtsära vor der Kamera über ihre Kindheit und das Erwachsenwerden sprechen, gebührt unser aller Mitgefühl und unsere Achtung.

*B. Thonn*

---

## **Verurteilung, Verbannung und große Literatur – wir verneigen uns vor dem Lebenswerk - Ein persönlicher, aber sehr trefflicher Nachruf auf den Schriftsteller und Dissidenten Alexander Solschenizyns**

---

Im Zuchthaus Waldheim in Sachsen, wo ich die Jahre 1962/64 verbrachte, wussten wir nichts von Alexander Solschenizyn (1919-2008), dem russischen Schriftsteller, der acht Jahre in Arbeitslagern verbracht hatte. Aber wir wussten von Fjodor Dostojewskis (1821-1881) Buch „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“ (1860/62) über seine vier Jahre in sibirischen Lagern. Dieses Buch stand in der Waldheimer Zuchthausbücherei, als Anklage sozusagen gegen die Gräueltaten des Zarismus. Und wir wussten von des Leipziger Kommunisten und Buchenwald-Häftlings Bruno Apitz' (1900-1979) Roman „Nackt unter Wölfen“ (1958), der auch in der Zucht-

hausbücherei stand als Zeugnis nationalsozialistischer Verbrechen in den Konzentrationslagern. Beide Bücher waren bei uns Gefangenen außerordentlich beliebt wegen der hier vorgeführten Praxis der Menschenverachtung, die auch wir tagtäglich erlebten. Es gab lange Wartelisten für beide Bücher, die nur durch Bestechung mit Zigaretten zu verkürzen waren. Im Sommer 1963 aber wurden beide Bücher durch den „Kulturhauptmann“ der „Volkspolizei“ konfisziert, weil die lesenden Gefangenen, so erklärte er, Missbrauch damit trieben, denn sie hätten an den Rand mancher Seiten geschrieben: „Siehe Waldheim!“ oder „Wie bei uns!“ (*weiter S. 22*)

## Zum Tode Alexander Solschenizyns

(Fortsetzung von Seite 21)

Alexander Solschenizyns ersten Roman „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ (1962), der ihn berühmt gemacht hatte, las ich im Sommer 1965, ein Jahr nach meiner Entlassung. Ich saß im Kurpark von Bad Mergentheim, wo ich meine vier Wochen Genesungskur, die mir nach dem Häftlingshilfegesetz zustanden, verbrachte und las. Es war die niederdrückende Geschichte eines russischen Bauern, der im Zweiten Weltkrieg aus deutscher Gefangenschaft hatte entkommen können und nun für zehn Jahre im Lager saß: Iwan Denissowitsch Suchow, Häftlingsnummer S-854, völlig schuldlos verhaftet wie Zehntausende anderer Häftlinge auch und täglich ums Überleben kämpfend!

Alexander Solschenizyn wurde am 11. Dezember 1918 geboren, studierte Mathematik und wurde 1941 Physiklehrer. Am 18. Oktober 1941 zur „Roten Armee“ eingezogen, wurde er als Hauptmann im Februar 1945 im besetzten Ostpreußen verhaftet. Wegen kritischer Äußerungen an Stalins Kriegsführung, die er seinem Schwager in Briefen übermittelt hatte, wurde er zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Bis 1950 arbeitete er dann mit anderen Gefangenen, die wissenschaftlich ausgebildet waren, an Geheimprojekten in einem Speziallager, wo er den Germanisten und späteren Schriftsteller Lew Kopelew (1912-1997) kennen lernte, und dann bis 1953 in einem Sonderlager in Kasachstan, 1956 wurde er rehabilitiert.

Die von der obersten Staatsführung in Moskau befürwortete Veröffentlichung des „Iwan Denissowitsch“ führte 1963 zur Aufnahme des Autors in den Schriftstellerverband, aus dem er 1969 wieder ausgeschlossen wurde, wegen der 1968 erschienenen Romane „Krebsstation“ und „Der erste Kreis der Hölle“. Zu Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur am 10. Dezember 1970 wagte er nicht, nach Stockholm auszureisen, weil er befürchten musste, ausgebürgert zu werden. Verhaftung und Ausbürgerung erfolgten am 13. Februar 1974, nach einigen Tagen Aufenthalt bei Heinrich Böll in der Eifel reiste er in die Schweiz aus und emigrierte von dort 1975 nach Vermont an der amerikanischen Ostküste.

Seine dreibändige Dokumentation „Archipel Gulag“, die ihn weltweit bekannt machte, erschien in den Jahren 1973, 1974 und 1976, freilich nur außerhalb der kommunistischen Staaten. Es ist ein gewaltiges Werk über die systematische Verfolgung Andersdenkender in der Sowjetunion 1918 bis 1956, wozu dem Autor, der aus Vorsicht an abgelegenen Orten schrieb, 200 Zeugenberichte vorlagen. Man kann dieses Buch nicht wie einen Roman lesen, hier werden Schicksale von Menschen beschrieben, denen von der Staatsführung das Recht zu leben abgesprochen worden war. Auch in anderen Büchern wie „Die Eiche und das Kalb“ (1975) hat Alexander Solschenizyn politische Verfolgung aufgearbeitet.

Weil seine im SED-Staat verbotenen Bücher heimlich eingeführt, verbreitet und gelesen wurden, wodurch sein Ruhm bei der intellektuellen Opposition wuchs, fühlte sich DDR-Autor Harry Thürk (1927-2005) berufen, 1978 einen Kolportageroman „Der Gaukler“ zu veröffentlichen, worin er seinen so erfolgreichen Kollegen politisch niederzumachen suchte. Wir aber, lieber Sascha Issajewitsch, verneigen uns in Ehrfurcht, vor Ihrem Lebenswerk!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

## 18. Buchenwaldtreffen der Initiativgruppe 1945 bis 1950 e. V. am 12. September

Die Initiativgruppe 1945 – 1950 e. V. veranstaltet auch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Häftlingsbeirat für das Speziallager und der Gedenkstätte Buchenwald ein Treffen für die Häftlinge des Speziallagers Buchenwald und deren Angehörigen. Das 18. Buchenwaldtreffen ist

### am 12. September (Samstag) 2008

Hauptthemen sind das Gedenken an die Toten aller Speziallager, besonders des Lagers Buchenwald sowie aller Opfer des Kommunismus und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Nachkriegszeit. Zudem soll darauf hingewiesen werden, dass trotz des dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR weiterhin die Opfer der kommunistischen Diktatur schlechter gestellt sind als die Träger und Handlanger dieser Diktatur.

#### Vorläufiges Programm:

**9.30 Uhr** Abfahrt eines Busses ab Bahnhof Weimar nach Buchenwald

**10.00 Uhr** Festansprache auf dem Appellplatz

**11.00 Uhr** Andacht mit ökumenischem Gottesdienst

**11.30 bis 13.00 Uhr** Besuch der Ausstellung, Mittagspause

#### 13.00 Grußwort der Ehrengäste. Eingeladen:

Frau Schipanski (Präsidentin d. Thür. Landtags), Bernhard Müller (Thür. Minister f. Kultur), Frau H. Neubert (Landesbeauftragte von Thür.), Frau Antje Tilmann (MdB), Dr. Peter Krause (MdL), Stefan Wolf (OB Weimar)

#### 14.30 Uhr Vorträge und Diskussion. Eingeladen:

Prof. V. Knigge, Dr. Bodo Ritscher, Dr. Klaus-Dieter Müller, Prof. Dr. Wilke

**16.00 Uhr** Schlusswort



**Kranzniederlegung zum 17. Juni in Görlitz (vor der JVA) und in Bautzen sowie Zittau mit dem Vorsitzenden des Bautzenkomitees Günter Mühle, dem Görlitzer OB Joachim Paulick, dem MdL Volker Bandmann und ca. 80 Teilnehmern (Ausführlicher Bericht nächste Fg)**

## Ein Museum, das keiner finden und somit auch nicht besuchen kann?

*Hat das Museum über das sowjetische Speziallager in Sachsenhausen nur Alibi-Funktion?*

Vor etwa drei Monaten schrieb mir die Dozentin eines amerikanischen Colleges. Sie hatte bei ihrem Berlin-Besuch mit ihren Studenten ein Zeitzeugengespräch mit mir gehabt und teilte mir nun mit, dass ihre Studenten zwei Tage nach dem Gespräch noch einmal in die Gedenkstätte Sachsenhausen gefahren sind. Zwar waren sie schon einige Tage zuvor dort gewesen, hatten dabei aber absolut nichts von der Nutzung des Lagers nach 1945 erfahren. Mit ihrem erneuten Besuch wollten sie das unbedingt korrigieren. Das hat mich gefreut, verwundert hat es mich dagegen nicht, denn derartiges habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder vernommen. Einige Wochen später war ich mit einem Fernsehteam dort. Wir machten Aufnahmen für einen Beitrag über die Kinder aus den sowjetischen Lagern. (Sendetermin: 3. August, 17:30 Uhr in der ARD, Bericht S. 19 dieser Fg) Über drei Stunden verbrachten wir allein in der Baracke 38 mit der Ausstellung über das Konzentrationslager. In dieser Zeit trafen wir dort neben den unzähligen Einzelbesuchern auf drei Führungen der Gedenkstätte und mindestens ebenso viele Schulklassen. Es dauerte schon deshalb so lange, weil wir jedes Mal die Aufnahmen unterbrechen mussten. Am Nachmittag waren wir dann noch zwei Stunden im Museum über das sowjetische Speziallager. Hier und in den es umgebenden Steinbaracken trafen wir in dieser Zeit auf exakt fünf Besucher! Gruppen oder Schulklassen trafen wir überhaupt nicht. Für unsere Arbeit war das angenehm, doch ein solcher Kontrast fiel selbst unserem viel beschäftigten Kameramann auf. Jetzt war ich gerade mit einer Gruppe Studenten dort und erlebte wieder Ähnliches. Wieder hatten wir das Speziallager-Museum ganz für uns alleine, während sich andernorts die Besucher geradezu auf die Füße traten.

Es ist schon seltsam, da wird nach langem Drängen und ewigen Kämpfen endlich mit einem Museum auch an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Sachsenhausen erinnert, und kaum ein Besucher findet den Weg dorthin. Nun ist das sicher auch nicht leicht, denn das Museum ist teilweise im Boden versenkt und für den Besucher vom Lagergelände aus nicht zu erkennen. Warum das so sein soll, wurde der Öffentlichkeit und uns Betroffenen noch vor Baubeginn damals ausführlich und hoch wissenschaftlich erklärt. Dass die Begründung trotzdem nicht allgemeine Zustimmung fand, liegt nahe. Die vorgebrachten Bedenken, dass dadurch

kaum Besucher den Weg finden würden, wurden damals jedoch als völlig unbegründet zurückgewiesen.

Jetzt haben wir das Resultat. Seit sieben Jahren registriert nicht nur die Gedenkstättenleitung, dass so gut wie kein Besucher ins Museum zum Speziallager kommt und die damaligen Mahner doch Recht hatten.

Aber wurden daraus inzwischen irgendwelche Konsequenzen gezogen? Ich besuche die Gedenkstätte regelmäßig mit Gruppen, erkennen konnte ich bisher keine. Da stellt sich sicher nicht nur für mich die Frage, welchen Wert hat eigentlich ein Museum, das keiner finden und somit auch nicht besuchen kann?

Hat es etwa doch nur eine Alibi-Funktion, wie von vielen Betroffenen immer wieder geäußert wird? Warum nur baut eine Gedenkstätte für viel Geld ein Museum und lenkt dann ihre Besucher nicht auch in großen Scharen dorthin? Für all die anderen Orte des Geländes ist dies doch abgesichert. Man beachte nur die Besucherströme in der Baracke 38, der Station Z oder der neuen und guten Ausstellung zum KZ in der Lagerküche. „Aber auf die wird doch auch nicht besonders hingewiesen“, höre ich jetzt die Gedenkstättenleitung sagen und: „wir wollen doch keine Bevorzugung einzelner Opfergruppen“. - Richtig, Herr Dr. Morsch, das wollen auch wir nicht, nicht schon wieder diese unsinnige Opferkonkurrenz. Nur bei den anderen Orten braucht man das auch nicht, denn die sind für die Besucher deutlich sichtbar und nicht hinter einer Mauer und im Erdboden versteckt. Und darum eben sollte auf das Speziallager-Museum verstärkt hingewiesen werden, weil es im Gegensatz zu den anderen Orten besonderen, erschwerten Bedingungen unterworfen ist! Sind denn die Besucherzahlen nicht deutlicher Hinweis darauf?

Die Gedenkstätte Sachsenhausen gehört zu den wenigen Orten in unserem Land, die unmittelbar nacheinander von zwei Diktaturen genutzt wurden. Hier sind unzählige Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen umgekommen oder haben gelitten. Die Gedenkstätte hat daher nicht nur eine besondere Bedeutung sondern auch die große Aufgabe, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Dieser Aufgabe ist sie bisher nur sehr unzulänglich nachgekommen. Hier besteht noch sehr großer Handlungsbedarf, und zwar dringend.

*Alex Latotzky*

*Anm. d. Red.: Die Redaktion der Fg ist bereit, eine sachliche Erklärung der Gedenkstättenleitung abzudrucken*

### **Wir trauern um**

**Konrad Brettschneider  
Heinz Binies  
Klaus Thiel  
Heinz Tittel  
Elisabeth Puhlemann  
Volker Gierschick  
Heinz Schiemann  
Karl-Heinz Engler  
Walter Möller  
Harald Meise  
Rolf Hohlfeld  
Kurt Müller  
Werner Graf  
Gabriele Groschupp**

**Bezirksgruppe München  
Bezirksgruppe Magdeburg  
Bezirksgruppe Hamburg  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Harz  
Bezirksgruppe Plauen  
Bezirksgruppe Stuttgart  
Bezirksgruppe Halle-Bernburg  
Bezirksgruppe Bremen  
Bezirksgruppe Oranienburg  
Bezirksgruppe Gera  
Bezirksgruppe Cottbus  
Bezirksgruppe Arnstadt  
Bezirksgruppe Arnstadt**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Bezirksgruppenversammlung

### Wahlversammlung der VOS-Bezirksgruppe Detmold / Münster

bedingt durch die missglückte Vereinigung mit dem BSV (die FREIHEITSGLOCKE berichtete), kommen wir erst jetzt zur ersten Mitgliederversammlung in diesem Jahr.

Gemäß § 16 Abs. 1 unserer Satzung lade ich hiermit fristgemäß zur Hauptversammlung 2008 unserer Bezirksgruppe ein. Sie findet statt:

**Am Sonnabend, dem 16. August 2008, 11.00 Uhr,  
in Bielefeld. Tagungsort ist das Lokal  
„Sieker-Mitte“ Otto-Brenner-Str. 123,  
33 607 Bielefeld, Tel. 0521 27469.**

#### Tagesordnung:

- Gedenken unserer verstorbenen Kameraden;
- Bericht des Bezirksgruppenvorstandes;
- Entlastung des Vorstandes;
- Wahl eines Versammlungsleiters;
- Wahl des neuen Vorstandes (§ 11 Abs. 2 der Satzung);
- Wahl eines Delegierten und seines Stellvertreters (§ 9 der Satzung);
- Beschlussfassung über Anträge an die Generalversammlung;
- Verschiedenes.

Der Hauptversammlung, die gemäß § 9 der Satzung alle zwei Jahre durchzuführen ist, kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie hat nicht nur einen neuen Bezirksgruppenvorstand für die nächsten zwei Jahre zu wählen, sondern auch einen Delegierten und seinen Stellvertreter. Der Delegierte vertritt die Bezirksgruppe bei der vom 24. bis 26. Oktober 2008 in Friedrichroda stattfindenden Generalversammlung. Er wählt den Bundes- und Landesvorstand mit.

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung ist eine Hauptversammlung nur beschlussfähig, wenn 15 % der Mitglieder anwesend sind. Wird dieses nicht erreicht, so lädt die Bezirksgruppe innerhalb von 6 Wochen, mindestens jedoch nach Ablauf von acht Tagen, erneut zu einer zweiten Hauptversammlung ein. Diese ist dann unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Ich bitte deshalb alle Mitglieder um zahlreiches Erscheinen und durch gegenseitige Hilfe (Mitnahme im Pkw) eine möglichst vollzählige Teilnahme sicherzustellen. Die Jahreshauptversammlung gibt jedem Mitglied die Gelegenheit, unmittelbaren Einfluss auf die Zusammensetzung des neuen Bezirksgruppenvorstandes sowie auf die Beschlüsse der Generalversammlung auszuüben. Wer also am Geschick unserer VOS Anteil nehmen will, darf bei der Hauptversammlung nicht fehlen. Mit Erscheinen stellen die Mitglieder zugleich dem bisherigen Bezirksgruppenvorstand ihren Dank für die geleistete Arbeit ab und sprechen dem neu zu wählenden Vorstand das Vertrauen für seine Arbeit in den nächsten zwei Jahren aus.

*Bernd Pieper, Vorsitzender*

#### Erinnerungen der VOS

*Vor fünf Jahren, zum 50-jährigen Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953, erkämpfte die VOS mit großem Engagement eine Sonderbriefmarke mit Zusatzwert. Die Marke fand bei Sammlern und Postkunden großen Anklang und war schnell vergriffen.*

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

#### Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon/ AB: 030-26552380 und 030-26552381

Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-fg.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon/Fax: 030 - 2546 2638**

**Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr**

**Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr**

**Redaktion und Satz:** Alexander Richter

**Redaktionsanschrift:** Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

redaktion@vos-fg.de

Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),  
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

#### Beiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

**Internetseiten der VOS und Links unter**

**www.vos-fg.de**

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-fg.de

Die nächste Ausgabe (671) erscheint: September 2008.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 669/670 10. Aug. 2008